

Arbeiter-Zeitung

Freitag, 16. November 1923
10. Jahrgang Nummer 269

Preis: wöchentlich 0,60 Mk., monatlich 3,60 Mk., Einzelnummer 15 Pf.
Durch die Post bezogen monatlich 3,80 Mk., unter Streifenband 3,90 Mk.
Kunstreichenpreis: Die schlagende Millimeterzeile ober deren Raum 12 Pf., Einzel- und Versammlungsanzeigen 6 Pf. Kollam-
preis: Die schlagende Millimeterzeile ober deren Raum im Text
70 Pf. — Schluss des Interzonen-Ansatzes lt. der Haupt-Exposition
3 Pf.; in den Haupt-Expositionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Verlags-Expedition: Breslau 10, Kreuzer Straße 20, Telefon
520 90. **Verlags-Expedition:** Breslau 544, Mehlstraße; Breslau
Kreuzer Straße 20, Telefon 239 02. **Verlags-Expedition:** Breslau
von 12-13, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. — **Verlags-Expedition:**
Breslau; Glatz, Wilhelmstraße 20, Telefon 4085;
Breslau; Rung 6, Telefon 2384. **Verlags-Expedition:** von 6-10 Uhr, Geschäfts-
stand am Hauptbahnhof Breslau. — **Verlag:** Glatz, Verlags-Expedition
m.H.G., Breslau. — **Druck:** „Ruhig“ Breslau, Glatz, Kreuzer Str. 20.

Breslau ohne Licht und Wasser? Streikbeschluss der Gemeindearbeiter

Breslau, 15. November.

Gestern hat eine überfüllte Versammlung der Kommunal-
arbeiter Breslaus zu dem Schlichtungsbeschluss des Zentral-
Schlichtungsausschusses Stellung genommen und mit 1462
gegen 36 Stimmen die Ablehnung des Spruches und den
Streik beschlossen. Morgen findet die statutarisch vor-
geschriebene Urabstimmung statt, die unzweifelhaft die
erforderliche Mehrheit für den Streik bringen wird. Falls in
der Zwischenzeit nicht irgendein Ablenkungsmandat gemacht
wird, gibt es ab Montag in der Stadt Breslau weder Licht,
noch Wasser, noch Straßenbahnverkehr.

Der Magistrat hängt es ab, ob Breslau ab
Montag ohne Licht und ohne Wasser sein wird. Die Arbeiter
sind entschlossen, von ihrer Macht Gebrauch zu machen und den
Kampf um die lebensnotwendige Forderung zu eröffnen.

Wir fordern die Breslauer Kommunalarbeiter auf, sich
reflexlos an der Urabstimmung zu beteiligen und
für den Streik zu stimmen. (Abstimmungsort und Zeit
siehe im lokalen Teil) Die bisherigen Erfahrungen mit den
Schlichtungsverhandlungen haben ihnen deutlich genug gezeigt,
dass es endlich Zeit ist, den offenen Kampf aufzunehmen,
um zu einer Verbesserung der Löhne zu gelangen. Die Eisen-
könige an der Ruhr sperren trotz Verbindlichkeit

aus. Auch die Breslauer Kommunalarbeiter müssen auf die
Schlichtungsinstanzen pfeifen und sich nicht mehr an Schlich-
tungsverhandlungen beteiligen. Kommt eine Verbindlichkeits-
erklärung — diese Gefahr muß man schon jetzt sehen —, so muß
der Kampf ohne Rücksicht darauf eröffnet und bis zur Erfüllung
der Mindestforderung geführt werden. Gleichzeitig dür-
fen sich die Breslauer Kommunalarbeiter durch die scheinrabi-
kalen Worte des Reformisten Planck nicht einlassen lassen.
Die bisherigen Erfahrungen lehren, daß die sozialdemokratischen
und christlichen Führer noch nie einen Kampf konsequent bis zum
vollen Sieg der Arbeiterschaft durchgeführt haben, sie haben
immer Abwägungsmöglichkeiten gesucht und gefunden. Deshalb
gilt es, sofort Vorbereitung und Leitung des Streiks in
die Hände von kampfbereiten und entschlossenen Betriebs-
kollegen zu legen. Darauf muß bei der Wahl der Streik-
leitung ganz besonders geachtet werden.

Verstehen es die Breslauer Kommunalarbeiter, die Streit-
leitung kampfbereiten Betriebskollegen anzuvertrauen,
lassen sie sich durch irgendwelche Maßnahmen der Schlichtungs-
instanzen nicht beeinflussen, durchkreuzen sie rechtzeitig die zu
erwartenden Kompromißversuche der sozialdemokratischen und
christlichen Führer, — so ist ihnen der Erfolg ihres Lohn-
kampfes gesichert.

Gemeindearbeiter, ihr habt die Macht, gebraucht sie!

Von Hindenburg bis Müller

Vom Panzerkreuzer zum Raub des Achtstundentages

Als nach dem Panzerkreuzerbeschluss vom 10. August in
ganz Deutschland ein Empörungsturm der sozialdemokratischen
Arbeiter ausbrach, als die KPD. die Mobilisierung der Massen
gegen imperialistische Kriegsrüstungen und Kriegsgefahr mit
dem Volksbegehren einleitete, gab die SPD.-Führung den em-
pörten Arbeitern das demagogische Versprechen, die Partei werde
die Bewilligung der zweiten Rate des Panzerkreuzers ver-
hindern. Zweifellos konnte die Krise des Sozialimperialismus
vorübergehend abgesehen werden, zweifellos haben
viele sozialdemokratische Arbeiter das Volksbegehren nur ab-
gelehnt, weil sie die feste Hoffnung hatten, die SPD. werde ent-
sprechend den unzähligen Resolutionen der SPD.-Ortsgruppen
die Bewilligung der weiteren Millionen für die Kriegsrüstungen
des deutschen Imperialismus verhindern. Zur Aufrechterhaltung
dieser Illusionen diente auch der demagogische Antrag der
SPD.-Reichstagsfraktion, über die jetzt im Reichstag abgestimmt
wird.

Damals sagten wir den sozialdemokratischen Arbeitern:
die SPD. wird die zweite Rate nicht verhindern, weil der
Panzerkreuzer der Preis der Koalition ist. Wir stellen fest,
daß die Reformisten nicht nur die neun Millionen, sondern
weitere Millionen und Milliarden-Ausgaben des deutschen
Imperialismus ermöglichen und unterstützen werden. Wir sag-
ten den SPD.-Arbeitern: In kurzer Zeit wird die Wirklichkeit
eure Illusionen zerstören.

Früher als viele angenommen hatten, ist die restlose Be-
stätigung unserer Voraussage eingetroffen. Während die sozial-
demokratischen Koalitionsminister, die Hermann Müller, Silber-
ding, Sebering und Wissell die Arbeiter mit betrügerischen Ver-
sprechungen vom Volksbegehren zurückhielten, hat ihr Koali-
tionskollege Groener gehandelt. Er vergab **Rückzahlung**
im Betrage von 32 Millionen an dieselben Eisen- und
Stahlkönige, die gegenwärtig 220 000 Metallarbeiter ausperren,
um den imperialistischen Kurs der vermehrten Profite, der
verschärften Konkurrenz auf dem Weltmarkt auf Kosten der
proletarischen Massen zu sichern.

Nur 32 Millionen? Mit zynischer Selbstbewußtheit er-
klärt ein halbamtliches Kommuniqué: „Die Genehmigung der
ersten Raurate legte der Marineleitung die Verpflichtung auf,
über die Vergebung des Gesamtobjektes zu verhandeln und die
größeren Teile zu vergeben, wozu sie nach § 24 der Reichshaus-
haltsordnung ermächtigt und aus wirtschaftlichen Gründen ver-
pflichtet (!) war.“

Das bedeutet mit anderen Worten, daß Groener nicht nur
Aufträge im Betrage von 32 Millionen Mark, sondern im Be-
trage von 80 Millionen Mark vergeben will oder schon vergeben
hat, ohne das Parlament zu befragen. Die sozialdemokratischen
Minister aber, die im Kabinett sitzen, nahmen die Diktatur der
Vertreter der imperialistischen Schwerindustrie stillschweigend
dahin. Und das bedeutet: „Heran an die Macht!“

Aber Groener — d. h. das Truskapital — begnügt
sich damit noch lange nicht. Der Preis der Koalition ist nicht die
Duldbung der imperialistischen Kriegsrüstungen, sondern die
Zustimmung zu ihnen! Deshalb fordert das Truskapital,
daß Hermann Müller sich bei der Abstimmung über den
Agitationsantrag der SPD. der Stimme enthalten soll.
Heute lehnt der „Vorwärts“ und die übrige SPD.-Presse diese
„unerträgliche Zumutung“ noch ab. Aber morgen? Und wenn
die Koalitionsparteien auf diesem letzten Akt der formalen De-
mütigung ihrer Partner auch nicht bestehen sollten, so würde
dies an der Ablehnung des SPD.-Antrages mit der sicheren
Mehrheit der Koalitionsparteien nichts ändern. Entschieden
ist nur, daß die SPD. in diesem Falle (wie
auch weiter) alle tun wird, um mit den Panzer-
kreuzerpartei in der Koalition verbleiben
zu können.

Aber die „linken“ SPD.-Führer! Die spielen bei dieser
ganzen Komödie die jämmerliche Rolle. „Daraus aus der
Koalition!“ — schrie die „linke“ SPD.-Presse aus vollem Halse
nach dem Panzerkreuzerbeschluss vom 10. August. Und heute,
wo nach drei Monaten demagogischer Ablenkungsmanöver das
Betrugsspiel nicht mehr fortzusetzen ist, wo die Frage von den
Truskapitalen ultimativ gestellt wird: Entweder Panzerkreuzer
und weitere Kriegsrüstungen oder keine Koalition? Heute

Die Reichsregierung will die Ausgesperrten hungern lassen

Einheitsfront von Wels bis Pergt stellt sich schützend vor den Reichsanwalt — Gämliche Anträge auf Unter-
stützung der Ausgesperrten dem Ausschuss überwiesen

(Eig. Bericht.) Berlin, 14. November.

Zu Beginn der heutigen Reichstags-Sitzung forderte Genosse
Stoeder zur Geschäftsordnung, daß die Reichsregierung endlich zur
wichtigen Frage der Unterfütterung der Ausgesperrten Stellung
nimmt. Der Reichsarbeitsminister Wissell hat vorgestern erklärt,
daß die Reichsregierung noch keine Möglichkeit gehabt habe, sich
hiermit zu befassen. Wir verlangen die sofortige Herbeiführung des
Reichsanwaltes Müller, der Klipp und klar hier die Stellung der
Reichsregierung zur Unterfütterung der Ausgesperrten vortragen soll.
Soweit bekannt ist, wollen die Parteien die ganze Angelegenheit beim
Sozialpolitischen Ausschuss überweisen. (Zwischenruf: Ver-
gräbnis erster Klasse!) Wir wollen aber heute die Antwort, eine
Antwort, auf die auch schon die Ausgesperrten seit über vierzehn
Tagen warten.

In der Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag ergibt
sich das in den letzten Tagen so oft gezeigte Bild der Ein-
heitsfront von Sozialdemokraten bis zu den
Deutschnationalen. Sie stimmen geschlossen gegen den kom-
munistischen Antrag, erreichen damit seine Ablehnung und doku-
mentieren gleichzeitig ihr Einverständnis mit der Haltung der Reichs-
regierung, die offen im Ruhrkampf auf Seiten der Unternehmer gegen
die Ausgesperrten steht.

Nach einer kurzen inhaltslosen Debatte, in der die Vertreter der
Spalterparteien zu Worte kamen, wird in die Abstimmung ein-
getreten. Zuerst liegt vor der Antrag der kommunistischen Fraktion
über die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung an die in der
Güterindustrie des Rhein- und Ruhrgebiets ausgesperrten Arbeiter
und Angehörigen. Schnell waren die Deutschnationalen auf dem
Sprung, nahmen den Sozialdemokraten und den Zentrumslenten das
Geschäft ab, um einen Antrag auf Überweisung des kommunistischen
Antrages in den Sozialpolitischen Ausschuss einzubringen. Genosse
Stoeder wandte sich mit scharfen Worten gegen die Überweisung.
Die Ruhrarbeiter verlangen, daß ihnen geholfen wird. Eine Aus-
schußüberweisung bedeutet eine Verschleppung und somit verschärften
Dünge der auf der Straße liegenden Reichsarbeiter. Es ist in der
Sitzung genug gesprochen worden. Was soll daher noch die Sache
im Ausschuss?

Doch im Nu wurde abgestimmt. Das Ergebnis? In halber
Einheitsfront stimmen wiederum Deutschnationale
und Sozialdemokraten für Ausschußüberweisung.
Die übrigen vorliegenden Anträge zur Ausschließung wurden
gleichfalls mit demselben Stimmenverhältnis an den Ausschuss zur
weiteren Behandlung gegeben.

Ein weiterer Antrag der kommunistischen Fraktion, der die Auf-
hebung des gesetzlichen Schlichtungswesens fordert,
wurde gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. So dokum-
mentierte bis zur letzten Minute der Verlauf der Reichstagsdebatte
über die Ruhrarbeitsperrung die Einheit aller Parteien von den Sozial-
demokraten bis zu den Nationalsozialisten, wie die Fronten stehen:
auf der einen Seite Unternehmertum, Reichsregierung, parla-
mentarische Einheitsfront zwischen SPD. und Bürgerlichen und auf

der anderen Seite die Kommunisten als Wortführer der ausgesperrten
Ruhrarbeiter, aller in Deutschland kämpfenden Werktätigen, der ge-
samten Arbeiterschaft.

Im späteren Verlauf der Sitzung hielt Genosse Ubricht eine
großzügige Rede zur Ruhrarbeitsperrung, die wir morgen veröffent-
lichen werden.

Misstrauensvotum gegen die Regierung

Im Verlauf der Reichstagsdebatte vom Mittwoch brachte die
kommunistische Fraktion einen Misstrauensantrag gegen das
Gesamtkabinett ein. In der Abstimmung fanden sich zur Rettung
der Unternehmerregierung Deutschnationale und Sozialdemokraten
erneut zusammen. Sie stimmten gegen den Antrag. Also auch die
deutschnationalen Scharmacher, die angeblich nach der
Aufassung der Reformisten einen „Kampf gegen den Staat“ führen,
behindern ausdrücklich durch diese Haltung ihr Einverständnis mit der
Wissell-Politik gegen die Arbeiterklasse. Kann es noch ein besseres
Beispiel für die Verlogenheit der sozialdemokratischen Argumente
geben?

Der Misstrauensantrag hat folgenden Wortlaut:
„Die Reichsregierung besitzt nicht das Vertrauen des Reichstags,
da sie durch ihre Politik die Hauptverantwortung für den provo-
katorischen Vorstoß der Güterindustriellen gegen die Arbeiterschaft
trägt, da sie durch ihre gesamte Politik (Steuer-, Zoll-, Wohnungs-
politik usw.) eine feste Verschlechterung der Lage der Arbeiterschaft
herbeiführt, da sie durch ihre andauernde arbeitserfindliche Schlich-
tungspraxis das Vorgehen der Unternehmer gefördert hat und durch
ihre Ablehnung jeglicher Unterstützungsmaßnahmen auch jetzt wieder
die Güterindustriellen in ihrem Kampf gegen die Arbeiterschaft kräft.
Die Regierung Müller hat damit erneut bewiesen, daß sie die Dienerin
des Truskapitals ist.“

Vom Tage

Der Reichswehrminister Groener, unterstützt von Hindenburg,
broht weiter mit Rücktritt, falls Reichsanwalt Müller bei der
Abstimmung über den Panzerkreuzer sich nicht der Stimme enthält.

Wie die „Telegraphen-Union“ behauptet, hat der Reichsanwal-
tenminister Stresemann am Dienstag mit dem Reparationsagenten
Parker Gilbert den augenblicklichen Stand der Reparations-
frage durchgesprochen.

Durch einen Wirbelsturm in Argentinien wurden 50 Per-
sonen getötet und 200 verletzt.

Heute nachmittag treten das französische Kabinett und
der Senat zusammen, um die Regierungserklärung des fünften
Kabinetts Poincaré entgegenzunehmen.

Schweigende die „linken“ Betrüger, heute wagen sie keine Kritik am Parteivorstand zu üben, heute schreibt der „ganze Linke“ ...

Hindenburg will den Panzerkreuzer! Die altbekannte Parole aus den Jahren des Bürgerkriegs! Drohte eine Regierungskrise, da genügt das Haußerwort „Hindenburg will es“ ...

Eine Front in den Fragen der imperialistischen Aufrüstung, eine Front auch in der Wirtschaftsführung des Klassenkampfes. Das ist es, was alle Arbeiter in diesen Tagen begreifen müssen: der Aufrüstungskurs Groenens ...

Dieselben reformistischen Verräter, die jetzt in der Panzerkreuzerfrage einen ungeheuren Betrug an den sozialdemokratischen Arbeitern begehen, sind drauf und dran, den Achtstundentag im Ruhrgebiet zu verschandeln ...

Die SPD, die vor und nach den Reichstagswahlen die Werkstätten zum außerparlamentarischen Klassenkampf gegen die Koalitionspolitik aufgerufen hat, die nach dem Panzerkreuzerbeschluss der SPD durch das Volksbegehren die Aufrüstung der Klassen gegen imperialistische Kriegsrüstungen einleitete ...

Flugzeugabsturz

San Antonio, 13. November. In der Nähe von San Antonio in Texas ist ein großes Transportflugzeug abgestürzt. Sechs Armeemilitäre waren getötet.

Weitere 35 000 Arbeiter ausgesperrt

Hagen, 15. November. (Fig. Draht.) Die Lohnverhandlungen in der marktlichen Eisenindustrie sind gescheitert. Auf die beschiedenen Forderungen der Gewerkschaften antworteten die Unternehmer mit dem Angebot, den bisherigen Lohnsatz ohne Zulage zu verlängern ...

Immer mehr Stilllegungen

Offen, 15. November. (Fig. Draht.) Die Zahl der in Folge der Aussperrung eingeleiteten Feterschichten im Ruhrbergbau wird immer gewaltiger. Während noch im Vormonat an die 7000 Feterschichten arbeitsmäßig eingelegt wurden, beläuft sich diese Zahl jetzt infolge der Aussperrung auf täglich 11 000. Vornehmlich werden natürlich von diesen Feterschichten die Hüttenarbeiter betroffen ...

Düsseldorf, 15. November. (Fig. Draht.) In Köln haben infolge der Auswirkungen des Kampfes in der Eisenindustrie folgende Betriebe Anträge auf Stilllegung gestellt: Matrinx & Pagenstecher, Bäder und Kuns, Babenthauser Maschinenfabrik. Ferner haben folgende Werke größere Entlassungen vorgenommen: Köhl & Co., Hüß & Schröder, Stahlwerk in Berg-Elbbach. Insgesamt sind über 1000 Arbeiter Brotlos geworden. Hinzu kommen Entlassungen im Stolberger und Aachener Gebiet. In Stolberg sind bisher 300 und im Aachener Gebiet bisher 2000 Arbeiter entlassen worden.

Die Unternehmer verkümmern die Front. Es ist höchste Zeit, daß sich auch die Arbeiter in den von Stilllegungen bedrohten Industrien in die Kampffront einreihen.

Reichsversicherungsamt auf Seiten der Eisentönige

Berlin, 15. November. (Fig. Draht.) Der Spruchsenat des Reichsversicherungsamts hat die Frage, ob den von dem Eisenkonflikt im Ruhrgebiet betroffenen Arbeitlosen Unterstützung gezahlt werden soll oder nicht, in ablehnendem Sinne entschieden.

Reformistischer Rubhandel

Düsseldorf, 14. November. Die Verhandlungen des Düsseldorfer Regierungspräsidenten mit den Arbeitgebern der Nordwestgruppe und den Gewerkschaften, die Mittwoch nachmittag stattfanden, haben zu einem Ergebnis, das eine brauchbare Grundlage für ein gemeinsames Unterhandeln bilden könnte, nicht geführt. Die Verhandlungen werden zu einem bisher noch unbekannten Zeitpunkt fortgesetzt werden.

Hüttenbarone und Gewerkschaftsvertreter sitzen wieder in Verhandlungen zusammen. Die Unternehmer verlangen Wiederannahme der Arbeit zu den alten Bedingungen, ausdrücklichen Verzicht selbst auf die zwei Pfennige des Schlichterspruchs, damit dann in „ruhigen“ Verhandlungen ein endgültiges Resultat erzielt werden könne.

Es ist jedem Arbeiter klar, daß eine solche Wiederannahme der Arbeit gleichbedeutend mit der vernichtenden Niederlage wäre. Die Hüttenarbeiter weisen den Gedanken einer so schmachtvollen Kapitulation mit Entrüstung von sich. Jetzt ist jeder Klassenbewusste Arbeiter in Alarmzustand, um zu erreichen, daß die Arbeiterfront steht, daß der Kampf geschlossen fortgesetzt wird, wenn die Aufhebung der Kapitalisten und Reformisten, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen, herauskommt.

Großes steht auf dem Spiel. Eine Niederlage der Hüttenarbeiter würde sich zum schmerzlichen Schaben der Gesamtarbeiterschaft auswirken. Für die Hüttenarbeiter selbst geht es nicht nur um ein paar Pfennige Lohnerhöhung, für sie steht der Achtstundentag auf dem Spiel. Denn die sozialdemokratischen DWA-Führer sind schon bereit, den Achtstundentag preiszugeben, wenn die Unternehmer nur eine ähnlich erträgliche Lohnzulage bewilligen, wie sie im Schlichterspruch vorgelesen ist.

Der Achtstundentag ist in Gefahr, der den Hüttenarbeitern 1924 mit Hilfe des Belagerungsstandes geraubt wurde, und die seit dieser Zeit die besonders erbitterte und lämpfte Forderung der Metallarbeiter ist. Jetzt sind die Hüttenarbeiter zu zehn- und zwölfstündiger Arbeitszeit gezwungen. Besonders empört sind sie über die willkürlich angeordnete regelmäßige Sonntagsarbeit. Im vorigen

Jahre hat die DWA-Bürokratie schmählich kapituliert und keinen Kampf um den Achtstundentag zugelassen.

Die DWA-Führer haben die Hüttenarbeiter auf 1928 verpflichtet, weil bis dahin sozialdemokratische Minister im Reichskabinett sitzen werden, die für die Durchführung des Achtstundentages sorgen würden.

Neute sitzen SPD-Führer im Reichskabinett, Wiffel ist Arbeitsminister. Er hätte es in der Hand, die schändliche Verordnung seines Vorgängers, die den Hüttenbaronen die Verbeibehaltung der zehn- und zwölfstündigen Arbeitszeit gestattet, aufzuheben und die Durchführung des Achtstundentages anzunehmen. Aber heute, da die SPD in der Koalition ist, treten die SPD-Führer noch viel härter gegen die Hüttenarbeiter auf als im vorigen Jahre. Wiffel wollte den Schlichterspruch noch mehr verschlechtern und verlangt jetzt von den Hüttenarbeitern ebenfalls bedingungslose Wiederannahme der Arbeit. Und die DWA-Führer sind bereit, einer Verlängerung der bisherigen Arbeitszeit um einneinhalb bis zwei Jahre zuzustimmen.

Das ist die große Gefahr! Die Hüttenarbeiter werden nur dann den Achtstundentag erhalten, wenn sie jetzt geschlossen weiterkämpfen, bis ihre Forderungen erfüllt sind. Die Gesamtarbeiterschaft hat ein Lebensinteresse am Sieg der Hüttenarbeiter, es gilt, für ihn alles, was irgend möglich ist, zu tun.

Die Ueberlebenden der „Vestris“ in Neuport eingetroffen

Die Schiffe mit den Ueberlebenden der „Vestris“ sind nunmehr in Neuport eingetroffen. Es fehlen noch vier kleinere radiose Dampfer, so daß die Möglichkeit besteht, daß einige der Vermissten noch gerettet worden sind.

Die geretteten Passagiere antworteten bei ihrem Eintreffen auf die Frage, wie sich die furchtbare Katastrophe ereignen konnte, daß der telegraphische Hilferuf der „Vestris“ mindestens fünf Stunden zu spät ergangen sei. Denn schon viele Stunden vorher habe sich das Schiff genest und sei mit Wasser vollgelaufen. Wäre früher um Hilfe erucht worden, hätten sämtliche Passagiere und die gesamte Besatzung gerettet werden können.

60 Opfer eines Orkans in Argentinien

Lima, London, 14. November. Durch einen Orkan, der über den Bezirk Villamaría in der argentinischen Provinz Córdoba hinwegging, sind nach Berichten aus Buenos Aires 60 Personen getötet und 40 verletzt worden.

Aus der Sowjetunion

60 000 Arbeiterfamilien erhalten neue Wohnungen

Der „Trud“ vom 4. November teilt mit: Nach dem Regierungsmanifest zum 10jährigen Jubiläum der Sowjetrepublik waren 60 Millionen für die Errichtung von Arbeiterwohnungen bestimmt. Wie nun die Zentralkommunalbank mitteilt, ist das Geld ausschließlich für den Wohnungsbau im Donezgebiet, im Uralgebiet und im Zentralindustrialraum verwendet worden, wodurch neue Wohnungen für 60 000 Arbeiterfamilien gebaut wurden. Die Wohnungsfläche der diesjährigen Arbeiterwohnungen beträgt 2,8 Millionen Quadratmeter und ist um 15 Prozent größer als es ursprünglich, ohne die 60 Millionen, vorgeesehen war.

Die Schaffung von Reis-Sowjetgütern

Die Frage der Versorgung der Textilindustrie mit Rohstoffen ist, wie bekannt, eine sehr wichtige Frage der gesamten Sowjetwirtschaft. Das Hauptgebiet, wo Baumwolle gebaut wird, ist Zentralasien, wo aber ein bedeutender Teil des Bodens mit Reis bebaut wird. Die Plankommission der RSFSR hat nun den Antrag an den Wirtschaftsrat gestellt, im Gebiete der turkestanisch-sibirischen Eisenschiffen Sowjetgüter zu schaffen, wo ausschließlich Reis gebaut wird, damit das zentralasiatische Gebiet vom Reisanbau entlastet wird und dafür den Anbau von Baumwolle steigern kann.

Der Vorschlag der Plankommission ist vom Wirtschaftsrat vollkommen gebilligt. Danach werden für die Reis-Sowjet-Güter 300 000 Hektar Boden zugewiesen. Die Realisierung des Planes erfordert nicht weniger als 75 000 000 Rubel. Doch soll er bereits im Jahre 1929 durchgeführt werden. (E. Sch. 3. XI.)

Erotik und Spionage

in der Etappe Gent von Heinrich Wandt

Da erobert sich an der Ecke der Catalogue- und Kruisstraat, also inmitten der Stadt und in der nächsten Nachbarschaft der prächtigen Kathedrale zu Sint Basilis, ein stilles und meist verschlossenes Bürgerhaus.

Es gehörte der bekannten Buchdruckerfamilie Gemelout, zu Deutsch Himmelstahl, und wurde nur von einer alleinlebenden und schon seit Jahren gelähmten, vermögenden alten Dame bewohnt, deren einzige Gesellschaft ihr Dienstmädchen bildete.

Ben Beim's Geliebte, die ehemals auch einmal bei dieser Greisin in Etappe war, kannte genau deren Gepflogenheiten und wählte auch den Platz, der kleinen eisernen, in einem Schmal angeschraubten Kassetten, in der die Frau ihre Wertpapiere und ihr bares Geld verwahrte.

„Dort mußt du gehen, und mir ist geholfen!“ lauteten die bezeichnend gesprochenen Worte, die sich in dem Bereich der Erweichung verfallenen Gehirns des englischen Konstruktionsmannes schweiften und ihn zu seiner verhängnisvollen Tat bestanden.

Er begab sich nach am Abend des gleichen Tages aus Berl, indem er einen Hammer unter seinem Wasserrod versteckte und sich dann geradenwegs zu dem Hause Himmelstahl begab, das in den Stunden des späten Nachmittags noch stiller als sonst lag, und an dem die wenigen noch durch die Straße kommenden Passanten vorüber schritten, ohne ihm irgendeiner Beachtung zu schenken.

Aber so heftig auch von Beim den altertümligen Türknopf in Bewegung setzte, so wenig hatte er bei seinem unheilvollen Beginnenden Glück: es erschien niemand, um ihm die Spalte zu der heiß begehrten Kassette zu öffnen.

Er mußte unverrichteter Dinge abziehen und schlich in der Dämmerung mühsam und mit leeren Händen die unter seinen Tritten knarrenden Hölzerne Stiege hinan, die zu seiner Geliebten führte.

Sie hatte sein Kommen gehört und stand schon, nur mit dem Mund bebühend, voller Erwartung im Rahmen der niedrigen Tür.

„Um ...?“ herrschte sie ihn kalt Willkommengrußes gelehnt und fragend an, „hast du das Geld?“

Schwer atmend trat er auf sie zu. Das trübe Licht der auf dem Tisch der armseligen Stube schwebenden Delfinlamp, das die billigen Heiligenbilder über dem ausgewählten Bett und die große bundelartige Madonna aus Gips beleuchtete, die auf dem schwarzen Kaminsims thronte, erhellte auch das Gesicht des jungen leidenschaftlichen Weibes und ließ ihn alle Mienen seiner Herzallerliebsten erkennen.

Ihre vorhabiger funkelnden Augen gemahnten ihn an ein Paar frischglänzendes schwarzes Kirchen, und auf der weißen Stirne sah er die Wölbung der Haare eingegraben, die ihm ihren aufsteigenden Jörn verriet, den er so fürchtete.

Der aus der von Schweiß und Blut geschwängerten Kammer bringende scharfe Geruch steigerte seine Begehrlichkeit, und heifer löste sich die Antwort von seinen Lippen: „Nicht, mein Engelchen, aber morgen, morgen bringe ich es dir ganz bestimmt!“

Er wollte sie führen an sich pressen, aber sie hob den bloßen Fuß und kickte ihn gegen die Treppe zurück, daß er beinahe zu Fall gekommen wäre. „Kais mijn broek mit beinen ewigen morgen, ich habe dich satt, du alter Kack!“

Sie schrie es höhnend und wies ihm mit einer bezeichnenden Gebärde den nackten Hintern. Und dann schmetterte sie die Tür hinter sich zu, daß es krachte, und drehte schellenig den Schlüssel zweimal im Schloß herum, damit er ihr nicht folgen konnte.

Er verharnte noch eine geraume Weile im Finstern und probierte, sie durch flehentliche Beteuerungen umzustimmen. Aber sie würdigte ihn keiner Erwiderung mehr, sondern lag, bereits wieder im Bett liegend, die in allen Sinter Bordellen gesungene Weise laut zu trällern an:

„Bij zijn van 't blaamjche bloed, De Duitshmans ... gheb; Zij ... in Blaanderen De Brouwen van anderen ...“

Er vernahm es, schier bestend vor rasender Eifersucht, und ärmte in maßloser Erregung in die nächstliegende Cassette hinan. Und wäre es nicht schon so spät gewesen, so hätte er noch in derselben Stunde aufs neue den Versuch unternommen, in das Haus Gemelout einzudringen und sich die Kassette anzueignen, deren Inhalt ihm die weitere Gunst seiner Geliebten sicherte, die ihm jetzt abräumig werden mußte.

Abend für Abend trachtete er nun unablässig danach, sein Bor-

haben in die Tat umzusetzen. Es gelang ihm aber erst an einem Apriltag des Jahres 1917.

Da hörte das erst sechzehnjährige Dienstmädchen der alten Dame, weil es sich zufälligerweise in dem sonst nie am Spätmittag als Aufenthaltstort benutzten Erdgeschoss befand, in dem allein das Klingeln der draußen angebrachten Glocke zu vernehmen war, das wütende Läuten des Feldgrauen und öffnete ihm ohne Arg die Tür.

Er gab sich für einen Militärpolitisten von der Etappen-Kommandantur Gent aus und verlangte im schroffen Ton die Herrin zu sprechen.

Das muntere Meisje, ein echter flamischer Blondkopf, geleitete ihn lächelnd zu der Greisin, und diese schrie er an, er hätte den strengen Befehl, ihr Haus von unten bis oben ganz genau zu durchsuchen, weil sie dringend verdächtig sei, noch kupferne und messingene Geräte verborgen zu halten, die von Rechts wegen schon längst an die deutschen Besatzungsbehörden hätten abgeliefert werden müssen.

Die gelähmte Dame entgegnete ihm voller Würde: „Bitte, mein Herr, tun Sie Ihre Pflicht!“ und forderte ihr Mädchen auf, dem umgebenen Gast sämtliche Klammlichkeiten zu zeigen.

Das junge Ding, dem nichts Schlimmes schwante, schritt leichtfüßig vor dem Landsturmmann her und führte ihn durch alle Gemächer und Stodwerke und schließlich auch auf den Bodentraum unter dem Dach.

Dort versetzte von Beim dem ähnungslosen Mädchen, um es zu betäuben, mit dem rasch herangezogenen Hammer hinterrücks schnell ein paar wichtige Schläge auf den Kopf.

Es sank lautlos um, und während sein warmes Blut durch die blonden Haare tropfte und den fauligen Estrich neigte, rannte der Täter flugs in das Zimmer hinunter, in dem sich die Kassetten befand, und schraubte sie los und eilte mit ihr auf und davon.

Er gelangte unbemerkt und unerkannt in sein Quartier und sprengte dort mittels eines Meißels das kleine eiserne Kästchen, das nach der Mutmaßung seiner Geliebten ein kleines Vermögen enthalten sollte.

Aber er wurde bitter enttäuscht: die ganze Beute an Bargeld betrug lediglich fünfshundert Francs, also nur rund vierhundert Mark.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: für den politischen Teil Arthur Dombröhl, für „Vertriebe und Streit“ und „Wohnen“ Wilhelm Bismarck, für „Schwarz“ und die übrigen Beilagen Alfred Thomae, sämtlich in Berlin. — Für den obersten Teil: Arthur Keller, Bismarck. — Für „Interne“: Arthur Keller.

Wie Hindenburg und Wilhelm II. Belgien „aufteilten“

Neue Enthüllungen aus den Geheimarchiven — Deutschlands Eroberungspläne noch im Sommer 1918

Wir sehen heute unsere Enthüllungen aus den Geheimarchiven Wilhelms II. fort. In der Fortsetzung jener geheimen Kriegsabsichtung in Spa, deren ersten Tag wir nach dem — uns durch den bekannten „glücklichen Wind“ zugänglichen — stenographischen Protokoll veröffentlichten, fand am 3. Juli eine Beratung über Belgien, Polen usw. statt, bei der die imperialistischen Banditen ihre Beute in rührender Offenheit verteilten. Der Zynismus, mit dem die Hindenburg, Wilhelm II., Ludendorff und Co. noch am 3. Juli 1918 ihre unverstörte Eroberungspolitik fortzusetzen gedachten, entkült die Verlogenheit der Friedensphrasen, wie sie das wilhelminische Deutschland zu jener Zeit schon nach außen hin von sich gab.

Aber mehr noch: Diese verbrecherische Politik imperialistischer Raubgier der Wilhelm II. und Hindenburg — noch dazu wenige Monate vor dem Kriegsende, zu einer Zeit, wo die deutsche Niederlage schon besiegelt war — wäre unmöglich gewesen, ohne die aktive Hilfe der SPD. für das kriegsführende Deutschland.

Die Sozialpatrioten, die Ebert, Scheidemann u. Co., ermöglichten es den Wilhelm und Hindenburg, noch im Sommer 1918 so hemmungslos Anreizungspläne zu entwickeln, wie es der heutige Reichspräsident der deutschen Republik, Herr Hindenburg und die übrigen Imperialisten in jener Sitzung von Spa taten.

Für solche „Kriegsziele“ hegte die SPD. die Massen 4 1/2 Jahre lang in die Schützengräben. Soll das vergessen sein? Nein, unsere Veröffentlichungen sollen dazu beitragen, den SPD.-Arbeitern die Augen zu öffnen!

★

Das Geheimprotokoll lautet:

Fortsetzung der Besprechung 3. Juli 1918

Reichskanzler: Bei den neuesten Besprechungen im Haag wurden keine Zweifel darüber gelassen, daß austro-polnische Lösung aufgegeben wurde.

Seine Majestät: Kaiser Karl erschien plötzlich in Homburg und erklärte mir, daß ihm die austro-polnische Lösung unerwünscht sei. Ich glaube, daß wir es den Polen überlassen sollten, selbst einen Thronanwärter zu nominieren. Der erste König wird sich dort sicher nicht halten können. Wir enthalten uns besser der Einmischung.

Belgien wird „verteilt“

Feldmarschall v. Hindenburg: Die austro-polnische Lösung darf für uns nicht mehr in Frage kommen. Ein durch Polen verstärktes Österreich würde für uns eine große Gefahr bilden. Waffenband wäre dann bedenklich. Eine Denkschrift wird von mir ausgearbeitet, welche die Bitte enthält, bei Polen die Grenze vorzuziehen. Bei einem künftigen Aufmarsch im Osten brauchen wir eine Bahnlinie über Aachen-Köln.

Reichskanzler: Was soll mit Belgien geschehen? Wenn wir Belgien wirtschaftlich an uns fetten, wird es für das Land selbst von Vorteil sein. Ob eine Eisenbahngemeinschaft möglich ist, weiß ich nicht.

General Ludendorff: Ueber die Eisenbahnfrage brauchen wir nicht zu sprechen. Hierüber besteht vollständige Einigkeit zwischen den beteiligten Stellen.

Reichskanzler: Politisch wichtigste Frage ist die Verwaltungstrennung. Die Flamen wollen vollkommene Trennung. Nur für gewisse Zwecke soll eine gemeinsame Gesetzgebung beibehalten werden.

Seine Majestät: Wir müssen die Verwaltungstrennung dem König zur Pflicht machen.

Reichskanzler: Wie wollen wir uns stellen, wenn England beim Friedensschluß in dieser Frage Schwierigkeiten macht? Wollen wir den Krieg deshalb verlängern?

Seine Majestät: Flandrische Küsten dürfen nicht unter englischen Einfluß kommen. Wenn Trennung durchgeführt ist, haben wir ein selbständiges Flandern, dem wir die besetzten Küsten übergeben können. Nur hierdurch können wir auf Annektionen verzichten. Besatzungsarmee muß allerdings noch lange in Flandern bleiben. Selbst Flamen haben darum gebeten. Belgiens Armee muß aufgelöst werden. Gute Gewarmerie genügt.

Reichskanzler: Wie steht es mit den belgischen Festungen?

General Ludendorff: Sie müssen geschleift werden. Bieleicht brauchen wir auch keine Annektionen bis nach Bütlich.

Reichskanzler: Wir kommen wohl ohne Annektionen zum Ziel.
Seine Majestät: Kritikalisch-konkret Entwicklung angeheuer. Annektion eines Grenzstreifens nicht wenig.

Hindenburg will Annektionen

Feldmarschall v. Hindenburg: Entscheidend bleibt, wo die Infanterie steht.
Seine Majestät: Wie steht es mit Luxemburg?
General Ludendorff: Bisher bestand darüber Einigung.

daß Luxemburg allmählich deutscher Bundesstaat werden sollte. Es soll möglichst an keiner Stelle an Frankreich grenzen.
Seine Majestät: Dies verstanden wir durch Erwerbung von Breg und Longwy.

Reichskanzler v. Bethov: Admittant bittet dringend um baldige Erklärung des Sperrgebietes. U. Bootes beim letzten Kreuzerriegel. Im Nachteil. Ihre Meinung sehr gering.
Seine Majestät: Ich bin anderer Ansicht und habe anders entschieden.

Schluß der Sitzung.

Wofür kämpfen die Schwerindustriellen?

Die ökonomischen Hintergründe des Ruhrkampfes

In dem wirtschaftlichen Informationsorgan der westdeutschen Großindustriellen „Ruhr und Rhein“ wird in der letzten Nummer vom 8. November d. J. unter dem Motto: „Das Kampfziel: Wirtschaftliche Einsicht!“ zur Littenarbeitersperre geschrieben:

„Die Gewerkschaften der verschiedenen Richtungen haben es anerkannter Weise in ihren ersten Versammlungen für ihre Pflicht gehalten, zu Ruhe, Besonnenheit und Disziplin zu mahnen. Sie haben ihre Mitglieder insbesondere davor gewarnt, sich kommunistischen Treibern anzuschließen. Mit aller wünschenswerten Deutlichkeit haben die Arbeitgeber in ihrer ersten Erklärung zu der vollen Ausprägung dieses äußersten Mittels lediglich darauf ankommen, das Ziel ihrer bisherigen Einstellung zu verwirklichen, d. h. nicht den Kampf um die Staatsautorität (1), um das System des Schlichtungswesens (2) oder um die Institution der Gewerkschaften (soweit sie unter reformistischer Führung stehen) zu führen, sondern einzig und allein der Wahrung der Rentabilität, der Sicherung des deutschen Wirtschaftsstandes und der Exportfähigkeit und der Fortführung der Betriebe zu dienen.“

Die Arbeiter werden den Ruhrindustriellen gerne glauben, daß sie nicht gegen diesen Staat, der mit Hilfe des Schlichtungswesens, der Polizei, von Schutzgölen usw. offen und rücksichtslos die Interessen der Schwerindustriellen wahrnimmt, einen Kampf führen. Aber trifft es zu, daß tatsächlich durch den 2-Pfg.-Schiedspruch an Stelle der geforderten minimalen 15 Pfg. Lohnhöhung die Rentabilität der Stahlunternehmungen unterbunden wird?

Erstaut werden sich die Arbeiter fragen: haben sich die rücksichtslosen Rationalisierungsmahnahmen, die die Arbeiterschaft in ihrer Lebens- und Arbeitslage dank der Sabotage von Abwehrkämpfen seitens der reformistischen Führerschaft und ihres offenes Eintretens für die Rationalisierung so sehr zurückgeworfen haben, denn nicht zugunsten der Großindustriellen ausgemirkt? Nun, das können die Ruhrindustriellen am allerwenigsten von sich behaupten. Gerade hier sind die Rationalisierungserfolge am weitgehendsten durchgeführt worden.

Allein von 1925 bis 1926 ist in den Stahlwerken Rheinland-Westfalens die Produktionsleistung je Arbeiter von 388 Tonnen auf 493 Tonnen, also um 27 Prozent, gestiegen. In den Werken des Stahlvereins betrug der Produktionsanteil des einzelnen Arbeiters an Roheisen im 3. Quartal 1926 11 Tonnen, im 3. Quartal 1928 17,1 Tonnen, an Rohstahl im 3. Quartal 1926 15 Tonnen, im 3. Quartal 1928 18,4 Tonnen. Gleichzeitig haben die Stahlindustriellen ihren Absatz weit über den Vorkriegsstand erweitern können. Gewiß ist in diesem Jahre der Inlandabsatz zurückgegangen. Dafür sind aber die Auslandpreise seit Anfang d. J. um über 20 Prozent, damit auch entsprechend die Erlöse für den gesteigerten Auslandsabsatz gewachsen.

Die stärkere Lohn-„Belastung“ auf Grund des elenden Schiedspruches beträgt in der gesamten Eisenindustrie jährlich rund 12 Millionen Mark. Das ist ein lächerlich geringer Betrag

im Verhältnis zu den Gewinnen der Ruhrkapitalisten. Allein der Stahlverein hat in dem abgelaufenen Geschäftsjahr sein Dividendenscheit der jährlichen Gesamtbelastung der Ruhrindustriellen durch den Schiedspruch als Nettogewinn (1) verzeichnet (52,9 Millionen Mark). Auch der Krupp-Konzern hat allein einen größeren Nettogewinn verzeichnet als die gesamte Lohnhöhung von 2 Pfg. für die gesamte (1) Ruhrindustrie ausmacht (18 Millionen Mark). Der Mannesmann-Konzern hat gar einen Gewinn von 15,8 Millionen Mark angegeben. Dabei steht fest, daß die Ruhrkonzerne durchweg in ihren Bilanzen einen besonders minimalen Bruttoertrag der tatsächlichen Profite unter der Rubrik „Nettogewinn“ verzeichnet haben.

Wie ist es dann zu erklären, daß wegen jenes kumpfen 12 Millionen Mark die Schwerindustriellen zur Ausprägung übergeben und auch sich selbst dadurch viel größere Verluste aufzuerlegen, als jener 12-Millonenbetrag ausmacht? Die Schwerindustriellen betonen selber sehr richtig, daß sie als Vertreter des gesamten deutschen Industriekapitals der gesamten deutschen Arbeiterschaft eine verartige offene Niederlage bereiten wollen, daß die deutschen Industriekapitalisten vorläufig „Ruhe“ haben. Die Schwerindustriellen haben sich dazu gerade die Hilfe der Hermann-Müller-Regierung, die mit der teilweiseen Störung des Inlandsabzuges zusammenfällt, ausgesucht. Offen verkennen sie, daß die bisherigen Rationalisierungsmahnahmen, der Waben der Arbeitslosen, diese Steigerung der Arbeitsintensität und der weitgehende technische Fortschritt nicht genügt haben, um die Konkurrenzfähigkeit des deutschen Industriekapitals auch in Zukunft sicherzustellen. Die Kapitalisten rechnen also mit einem wesentlichen Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt. Sie sind gewillt, ihrerseits Waren- und Kapitalausfuhr beträchtlich zu steigern.

Der neue deutsche Imperialismus will sich angesichts der teilweiseen Beschränkung seines militärischen Rüstens auf Grund des Versailleser Friedensvertrages und wegen der Dawes-Kontrolle um so mehr an der deutschen Arbeiterschaft schadlos halten. Sie soll noch niedrigerer Reallohn erhalten, noch mehr für den Profit des Truistkapitals schuften. Wenn die deutsche Arbeiterschaft sich dem nicht freiwillig fügen will, wird sie einfach auf die Straße gesetzt. Gleichzeitig sorgen der Staat mit seiner Polizei und die Reformisten für „Ruhe und Ordnung“.

Die Ruhrindustriellen und ihre Lakaien brauchen nicht zu fürchten, in dieser Zeit Not zu leiden. Aus dem 50-Millionenfonds der von den Ruhrindustriellen extra für diesen Kampf gesammelt wurde, werden schwächere Unternehmen gestützt. Außerdem erhalten aber die höheren Angestellten der Werke und Verbände weiterhin ihre Gehälter.

Der Direktor des Stahlwerksverbandes bezieht zum Beispiel ein Gehalt von 180 000 Mark, der Direktor des Mannesmannverbandes 110 000 Mark und sein Stellvertreter 75 000 Mark. Insgesamt stehen 32 Handelsbevollmächtigte und Vorkaufleute dieser beiden Syndikate alljährlich 140 000 Mark ein. Der Generaldirektor der Zaag kommt mit 400 000 Mark jährlich neben 120 000 Mark Extraspesen aus. Die Schwerindustriellen sind nicht der Meinung, daß hier gespart werden könne. Sie wollen vielmehr lediglich bei den Arbeitern „sparen“, denen trotz der Teuerung und der Steigerung der Arbeitsleistung jede Lohn-erhöhung verweigert wird.

Dies alles soll im Interesse der gesteigerten Konkurrenzfähigkeit mit dem Handelskapital geschehen. Aber auch die reformistischen Gewerkschaftsführer sind für die „Konkurrenzfähigkeit“ des deutschen Kapitalismus gegenüber dem Auslandskapital. Denn was bedeutet sonst ihr offenes Eintreten für eine gute Konkurrent der Kapitalisten, wie es noch auf dem Gewerkschaftstag erfolgte.

In diesen Fragen besteht zwischen Reformisten, bürgerlichem Staat und Truistkapital Einmütigkeit. Deswegen erhöht der Staat bzw. die Müller-Regierung nicht nur die Steuerbelastung der Massen (um 700 Millionen Mark) im Interesse der imperialistischen Aufrüstung, deswegen wird vom Staat und den reformistischen Gewerkschaftsführern der Monopolwucher sanktioniert (Zulassung zur Kohlenpreiserhöhung), werden die Panzerkreuzer-razen bewilligt, Staatsubventionen an Großindustrielle verteilt (Niederländische Bergbau-G. 12 Millionen Mark), und aus demselben Grunde werden Schlichter, Polizei und reformistische Gewerkschaftsführer vereint sich bemühen, einen einheitlichen aktiven Kampf der Arbeiter um 15 Pfg. Lohnhöhung auszuführen auf die „Konkurrenzfähigkeit“ zu verhindern.

Die Ruhrarbeiter aber werden durch selbstgewählte Kampfleitungen unter Führung der SPD. den Kampf um die 15 Pfg. Lohnhöhung und darüber hinaus gegen Truistkapital und Koalitionregierung, für die revolutionäre Arbeiterregierung organisieren und erweitern müssen. Deswegen steht heute für die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands auf der Tagesordnung: Unterstützung der ausgesperrten und kämpfenden Ruhrarbeiter.

Köln, 18. November. (Inprel.) In Aachen wurden im Zusammenhange mit dem ersten Jahrestage der Oktoberrevolution Massenversammlungen und Hausdurchsuchungen vorgenommen.



215 000 METALLARBEITER

sind von den Schwerindustriellen auf die Straße geworfen worden. 50 Millionen Mark haben dieselben Industriellen bereitgestellt für die Niederwerfung der Metallarbeiter. Dieser Kampf ist ein politischer, ein Kampf von

KLASSE GEGEN KLASSE

HUNGER SOLL DIE 215 000 ZWINGEN

Das darf nicht sein! Die Internationale Arbeiterhilfe organisiert eine große Hilfsaktion für die Ausgesperrten. Fordert darum sofort Sammelisten, gebt und

SAMMELT FÜR DIE IAH!

Schauspielhaus
Operettenbühne
Breslau
Telephon Nr. 88300

Täglich 20 Uhr
Die Herzogin von Chilago
Musik von
Emmerich Kalman

Obett Betten
25 und 40 Mark
rote Inlett
verkauft
Leibhans, Delsner Str. 12

Vereinigte Theater Stadt-Theater Breslau

Lobe-Theater
Sonnabend, den 17. 11.
20.15 Uhr
Zum 1. Male
Oktoberfest
von Georg Kaiser
Sonntag, 18. 11., 15.30 Uhr
Kaiser Lampe
Von Sonntag, den 18. 11.
bis Sonntag, den 25. 11.
täglich 20.15 Uhr
Oktoberfest

Thalia-Theater
Sonnabend, den 17. 11.
20.15 Uhr
Wiederaufnahme!
Der Prozess Mary Dugan
Sonntag, 18. 11., 15.30 Uhr
Wie es euch gefällt
Von Sonntag, den 18. 11.
bis Sonntag, den 25. 11.
täglich 20.15 Uhr
Der Prozess Mary Dugan

(Opernhaus)
Mittwoch, 20 Uhr
Abonnement-Vorstellung Serie B 8
Der Waffenknecht
Donnerstag, 20 Uhr
Abonnement-Vorstellung Serie E 6
Der Barbier von Sevilla
Freitag, 20 Uhr
Abonnement-Vorstellung Serie C 6
Die ägyptische Helena
Sonnabend, 20 Uhr
Cavalleria rusticana
hierauf: **Der Waffne**
Sonntag, 11 1/2 Uhr
Schubert - Gedächtnisfeier
Vortrag Geh. Rat Prof. Dr. Friedländer
Schuberts Leben und Wirken
Lieber / Orchester
20 Uhr
Die ägyptische Helena

Stumpf - Spezial - Haus
Carl Baumgarten
Breslau
Klosterstraße 88
Bühnenstraße 7
Günstiger Einkauf für
Strümpfe, Wäsche, Garne, Schläpfer

Kaufhaus Goldnes Zepher
Breslau, Klosterstraße 47
Kurz-, Weiß- und Wollwaren
Wäsche, Strümpfe
Krikotagen - Herren - Artikel

Brennholz
Schwarten u. Sämlinge
gibt laufend bei Selbstabholung billig ab
Dampfsägewerk Breslau 10, Verläng. Niedergasse

Zuliner
DAUERWÄSCHE
Herren - Artikel
Richard Schinke
Jesse
Schmiedebrücke 29 a

Wäsche Garderobe Bilder Strickkostüme
erleichterte Zahlungs-Bedingungen
S. Tarszys
Breslau
Freiburgersstr. 20 I.
Winterpaletots
la PaB-form und ge-diegene Stoffe
19.75

Gustav-Freytag-Str. 27
bei
Theod. Böhm
kauft man
Hasen auch halbe Gänse
wilde Kanindien Eier und Landbutter
billig und gut

Schokoladen- u. Zuckerwaren-Vertrieb "Monopol"
Striegau :: Wilhelmstr.
Inhaber: L. Fröhlich

Pfänder-Auktion
Donnerstag den 22. Nov. d. J.
Verlängerung nur bis zum 20. Nov. 1928
Leihhaus Grundmann
Trebitzer Str. 21

E. Heckerle
Breslau 6
Friedr.-Wilhelm-Str. 76

Möbel
Küchen, komplett, 7-tellig
Schränke, poliert, 2-türig
Ausziehtische, polierte Stühle
Prelsw. Schlaf-, Herren- u. Speisezimmer
Chaiselongues, Sofas, Patent- u. Auflegematr. u. alle Art. Einzel- u. Kleinmöbel
Blener & Dührig
Stühle und Möbel / en detail, en gros
Matthiasstr. 107 u. Weinbergsweg 18/20

Schlösser-Anzüge
Strümpfe, Socken, Hosenträger
billigst bei
Hermann Döhmel
Schweidnitz
Reichenbacher Str. 54

Moterei Hermann Walter
Breslau, Gabisstraße 39
Milch - Butter - Eier - Käse

Elektrische
Beleuchtungskörper, Heiz- und Koch-Apparate
Installations-Materialien
Licht- u. Kraft-Anlagen
Radio
Elektro - Montage - Ges.
m. B. H.
Görnitz, Berliner Straße 60
Telephon 145

Stuhrmann
Das Haus für Herren - Bekleidung
Grünberg, Ring 21/22
Telephon 602

Grüne Heringe 24 Pfund nur
Goldbarsch o. Kopf 38
Seelachs " 38
Kabeljau ohne Kopf 44
Schellfisch " 44
Aus neuen deutschen Heringen
Bratheringe 88 2-Pfund-Dose
Rollmops 98
Bismarckheringe 2-Pfund-Dose
Hering in Gelee 1.05
in der **Nordsee**
Bohrer Str. 2, Schmiedebrücke 19 (rechts v. Ring aus), Neue Schweidnitzer Str. 5 a, Anderssenstraße 2, Grabschener Straße 6, Liegnitz, Breslauer Straße 27

Vogelfutter
in allen existierenden Sorten für in- und ausländische Vögel, Kanarienvogelfutter, Mischfutter für Waldbögel, Eroten und Papageien, Vogelkäse, Aquarien, Fischfutter, sowie alle Artikel zur Vogelzucht und -pflege kaufen sie gut und preiswert im
Spezial - Vogelfuttergeschäft
Georg Bansch, Striegau
Liegnitzer Straße 1, a. d. Bahnhofstr.

Ämtliche Bekanntmachung von Weißstein
Betrifft abwechselnde Offenhaltung und Schließung der hiesigen Apotheken
Der Regierungspräsident in Breslau hat mit Verfügung vom 21. Oktober 1928 widerruflich genehmigt, daß die Apotheke des Apothekenbesitzers Dremig in Weißstein und die des Apothekenbesitzers Wintler im Ortsteil Neu-Salbrunn abwechselnd an Sonn- und Feiertagen für die Zeit von 8 bis 20 Uhr geschlossen sind.
Ein Abdruck dieser Genehmigung hängt in den genannten Apotheken zur Einsicht aus.
Die jeweils geschlossene Apotheke hat das Publikum durch eine Bekanntmachung an der Aushängeliste auf die geöffnete Apotheke zu verweisen.
Weißstein, den 8. November 1928
Der Gemeindevorsteher
J. B. Scholz

Leder - Schäfte - Bedarfs-Artikel
Lederhandlung
Max Wallasch, Frankfurter Str. 122

Spezialhaus für Pelz- und Lederwaren
Hüte, Mützen, Schirme und Stöcke
sowie Einkauf von Fellen
Robert Goldbach
Striegau, Güntherstraße 16

Genosse u. Genossin
kauft nur bei den Geschäftsleuten die in der **"Arbeiter-Zeitung"** inserieren!

Direkt aus der Fabrik
unser berühmter alter
Breslauer 33° p. Ltr. M. 2.10
Weinbrandverchnitt 2.80
1a 38° per Liter . M. 2.80
Jamaica-Rum-Verchnitt 2.80
38° p. Liter . M. 2.80
Blutroter Süßwein 1.25
kräftig u. süß, per Ltr. M.
Sämtliche Liköre und Weine zu unübertroffenen Preisen
Herzberg & Co.
Göhringstraße 48, Blücherplatz 17/18, Schulstraße 1, Klosterstraße 61, Schulstraße 18, Seidenstraße 17

Waldenburg!
Waldenburg!
Bei uns gekauft, heißt gut gekauft
Gottesberger Str. 26
Alle auf Teilzahlung!
Kanz-Anzüge
Kanz-Paletot
Kanz-Kleider
Kanz-Kostüme
Gabe: 2-15
Gabe: 2-15
Gabe: 2-15
Gabe: 2-15
1 bis 2 M. Abzahlung pro Woche

Genosse u. Genossin
kauft nur bei den Geschäftsleuten die in der **"Arbeiter-Zeitung"** inserieren!

Unsere  große

Spielwaren Ausstellung

wird morgen eröffnet!

Eine ganze große Etage

angefüllt mit all den Herrlichkeiten, die ein Kinderherz erfreuen können.

Kommen Sie mit Ihren Kleinen, Es gibt viel zu sehen!

Folgende mechanisch betriebene Schaustücke:


1. Die Dorfschmiede
2. Münchhausen's Abenteuer
3. Familie Bully
4. Mitropa Expresszug von Moch bis Bern
5. „Stabil“ Bauwerke, Funkturm, Sägewerk etc.

Im Schau-
fenster **Peterles Mondfahrt**
Messergasse: ein bewegliches Märchenspiel

Auf Extratischen!
eine Menge angestaubte oder leicht beschädigte
Spielwaren
jeder Art, die Sie mit geringer Mühe selbst instand setzen können
für einen Bruchteil der früheren Preise.

Im Parterre Verkauf von vielen 1000 Metern
Puppenresten
Viel einfarbige und gemusterte Stoffe, Muller, Gardinen, Spitzen, Seidenbandreste usw. zu außergewöhnlich billigen Preisen

5000
Schallplatten
Die beliebtesten Schallplatten in Liedern, Märchen, Operetten etc.
in allen Preislagen



Puppen-Klinik
annahme von Reparaturen zu billigsten Preisen.

Was wollen die Versöhnler?

II. Die opportunistische Auffassung der Versöhnler

Die innerparteilichen Fragen sind von den allgemein-politischen nicht zu trennen. Wenn die Versöhnler im Kampfe zwischen den Vertretern der richtigen leninistischen Linie, der Linie der Komintern, und den Vertretern der rechten sozialdemokratischen Abweichungen in der Partei schwanken und sich zum Teil bereits offen mit den Opportunisten und Liquidatoren verbünden, so läßt sich das nicht allgemein daraus erklären, daß die Versöhnler eine falsche Anschauung von der Entwicklung der Partei, von der Rolle der Linken und der Rechten innerhalb der Partei in der Vergangenheit und in der Gegenwart haben, sondern es ist klar, daß sie auch in der Einschätzung der allgemeinen politischen Lage und der Aufgaben der Partei von der Linie der Komintern und in der Partei in der Richtung des Opportunismus abweichen.

kennzeichnend für die Einschätzung der Lage durch die Versöhnler ist ein tiefer Pessimismus, die Unterschätzung der Linksbewegung, der Kraft und der Entwicklungsmöglichkeiten unserer Partei, eine Überschätzung der Stärke der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie. Aus einer solchen Anschauung muß eine Taktik hervorgehen, die hinter dem Kampfeswillen der Massen zurückbleibt, die die von den Reformisten mit allen Mitteln gezielte Passivität fördert, die kommunistische Partei in der Eroberung der führenden Rolle im Kampfe der Arbeiterklasse hemmt.

Wenn das bisher nicht so deutlich zum Ausdruck kam, so wohl deshalb, weil die Versöhnler, oft nach Harten und scharfen Auseinandersetzungen in den leitenden Körperschaften der Partei, sich der Mehrheit fügten. Wenn sie aber den Versuch, den sie seit dem 6. Weltkongress unternommen haben, sich als Oppositionsgruppen zu konstituieren, fortsetzen, so können sie nur die Rolle eines opportunistischen Hemmschuhes in der Entwicklung der Partei spielen.

Wir wollen hier nur einige der wichtigsten politischen Fragen erwähnen, in denen die Abweichungen der Versöhnler besonders klar zum Ausdruck kamen.

Nach dem gewaltigen Kampfe der Wiener Arbeiter vom 15. Juli 1927 erklärte Genosse Ewert, daß von einem Aufstand der Wiener Arbeiter keine Rede sein könne. Die Genossen der Versöhnler-Gruppe lehnten die Parole der Mäße für Österreich ab. Ja, einer ihrer Anhänger, Genosse Robert, ging so weit, zu erklären, man hätte Schuber und Seipel kürzen können ohne Bürgerkrieg! Derselbe Genosse erklärte in einem Diskussionsartikel zu den Hamburger Bürgerchaftswahlen, die Partei hätte sich dort nicht die Aufgabe setzen können, Massenkämpfe für Tagesforderungen zu entfesseln, sondern nur sie ideologisch und organisatorisch vorzubereiten.

Der ganze Pessimismus, der tiefe Unglaube an die Kraft der Partei, die Unterschätzung der Linksbewegung in den Massen kam am kräftigsten zum Ausdruck in den Auseinandersetzungen über die Einschätzung des Wahlergebnisses vom 20. Mai. Die Genossen verstanden nicht, das Wahlergebnis als Ausdruck der Verschärfung der Klassen- gegenläufe richtig zu werten. Während die Mehrheit in diesem Ergebnis einen großen Erfolg für die Partei sah und sowohl den Übergang bisher reformistischer Wähler zur KPD, in den wichtigsten Industriezentren, als auch den Übergang bisher bürgerlicher Wähler zur SPD, als deutliches Zeichen der Linksentwicklung wertete, stellte Genosse Ewert fest, das Ergebnis sei für die Partei unbedeutend, während ein anderer Vertreter der Versöhnler sogar von einem „Sieg der Bourgeoisie“ sprach.

Genosse Ewert legte dem Politbüro einen Resolutionsentwurf vor, in dem die Lage für die Bourgeoisie, trotz der großen Verluste aller bürgerlichen Parteien, in günstigstem Lichte geschildert wurde:

„Die Bourgeoisie hat denn auch das Wahlergebnis — obgleich sie es als Niederlage ansieht — durchaus ruhig aufgenommen. Sie fühlt sich in ihren außerparlamentarischen Machtmitteln stärker denn je seit 1918. Sie hat in der Sozialdemokratie heute die Partei, die planmäßig heute die Beherrschung des kapitalistischen Staates und der Weltmacht in wirksamer Weise innerhalb der Arbeiterklasse vertritt.“

Genosse Ewert sah also nicht, daß der Übergang bürgerlicher Wähler zur SPD, keineswegs die Zustimmung dieser Wähler zur Beherrschung des kapitalistischen Staates, zur Politik der Großen Koalition, d. h. zur Fortsetzung der Bürgerblockpolitik unter anderer Maske, bedeutet, sondern vielmehr eine unklare Form des Protestes und des Kampfwillens gegen die Bourgeoisie. Daher entwickelte er auch die folgende Perspektive:

„Es unterliegt keinem Zweifel, daß große Teile der SPD-Arbeiter und Wähler den Eintritt der SPD in die Reichsregierung wünschen, daß die Opposition in ihren eigenen Reihen dagegen anfangs außerordentlich gering sein wird.“

Es ist klar, daß Genossen mit einer solchen Auffassung von der Empörung der SPD-Arbeiter über den Parzerkreuzerbeschuß absolut überrascht werden mußten und die Krise in der SPD nicht richtig auswerten konnten. Ueber den Erfolg unserer Partei heißt es in dem erwähnten Resolutionsentwurf:

„Die Wahlen haben uns einen wichtigen Gradmesser für die Entwicklung des Einflusses unserer Partei und der SPD. gegeben. Bei der Behandlung dieser Frage gilt es natürlich, das Selbstbewußtsein der Partei zu heben, gleichzeitig aber müssen die Lehren aus dem Stillstand und Rückgang der Partei in einer Reihe wichtiger Gebiete gezogen werden.“

Die Hebung des „Selbstbewußtseins“ vollzieht Genosse Ewert dann so, daß er eine Reihe für die KPD. ungünstiger Ergebnisse an die Spitze stellt und die entscheidende Tatsache der Zurückdrängung des reformistischen Einflusses in den wichtigsten Industriezentren vergißt. (Das Berliner Wahlergebnis erwähnt er nur nebenbei.)

Aus der völlig pessimistischen Einschätzung der Kraft der Partei, aus ihrer Überschätzung der Festigkeit und des Einflusses der SPD, von der Genosse Ewert auf dem 6. Weltkongress sagte, daß sie ihre Wähler fester organisatorisch erfaßt habe als wie die unsere, folgt auch eine ganz falsche Perspektive der Entwicklung des Klassenkampfes. Die Versöhnler vertraten den Standpunkt, daß die Bourgeoisie sich so sehr auf die Hilfe der SPD., auf ihren Einfluß in den Massen verlassen könne, daß sie faschistische Methoden gegenüber dem revolutionären Proletariat gar nicht nötig habe. Diese Genossen sehen nicht, daß die offene Unterstützung der imperialistischen Politik durch die SPD. den reformistischen Einfluß in den Massen untergraben muß, daß das Wachstum unseres Einflusses die Bourgeoisie und die Reformisten zu verstärkten Gewaltmethoden gegen unsere Partei und das gesamte Proletariat zwingt. So heißt die Anhänger dieser Gruppe die Methoden der Großen Koalition und die Methoden der verschärften reaktionären Diktatur einander gegenüber, ohne zu sehen, daß sich gerade auch durch die Koalitionsregierung und die mit der Verschärfung der Klassenkämpfe notwendig verbundene Entwicklung des Reformismus zum Sozialfaschismus, die Methoden

der verschärften Diktatur gegen das revolutionäre Proletariat eine Kombination demokratischer und faschistischer Methoden in Deutschland wie in der ganzen kapitalistischen Welt weiter entwickeln.

Es ist klar, daß die Versöhnler bei dieser falschen Einschätzung der Kraft des revolutionären Proletariats, bei dieser Überschätzung der Macht der reformistischen Bürokratie keinerlei Verständnis für die Beschlüsse des 4. Kongresses der KPD. zeigten und zum Teil in einer Front mit den Rechten eine Opposition gegen den Genossen Kozowski und die Gewerkschaftsleitung des BR. aufzogen, statt auf Grund dieser Beschlüsse den Kampf gegen rechts zu führen.

Nach der Beurteilung ihrer Anschauungen durch den 6. Weltkongress haben die Versöhnler keineswegs die Folgerung gezogen, ihre Auffassung zu korrigieren, ihre Opposition gegen die Mehrheit der Partei einzustellen und diszipliniert in den Reihen der Partei auf der Grundlage der Beschlüsse des 6. Weltkongresses den schärfsten Kampf gegen die Rechten aufzunehmen. Sie haben im Gegenteil den Angriff gegen Genossen Thälmann als einen der Hauptvertreter der Linie des

6. Weltkongresses eingeleitet, jenen verleumderischen Angriff, der den Rechten den Vorwand zu ihrem offenen liquidatorischen Auftreten bot. Sie nahmen im Kampfe gegen die Liquidatoren die Haltung einer schwankenden, prinzipienlosen Puffergruppe ein, sie haben für eine Reihe organisatorischer Maßnahmen gegen die Rechten gestimmt, aber sie nahmen den größten Teil ihrer Argumente in mehr oder weniger abgeschwächter Form auf und arbeiteten in den verschiedensten Formen mit ihnen zusammen gegen die Mehrheit der Partei.

Es ist klar, daß dieses Spiel nicht lange so weitergehen kann. Eine Puffergruppe zwischen der Komintern und einer parteifeindlichen opportunistischen Gruppe kann es nicht geben. Das hat die Geschichte des Kampfes gegen die Ultralinken genügend bewiesen. Vor den Anhängern der Versöhnlergruppe steht nur eine Wahl: Sie müssen entweder ehrlich und offen ihre Fehler einsehen und sich mit der Mehrheit der Partei vorbehaltlos zum Kampfe gegen rechts zusammen-schließen, oder, wenn sie ihr Schicksal mit dem Schicksal der Rechten verbinden, dann werden sie das Schicksal der Rechten teilen.

Her mit dem Achtstundentag

KPD-Interpellation zur Regelung der Arbeitszeitfrage

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat eine Interpellation zur Arbeitszeitfrage eingebracht und damit im Reichstag erneut den Kampf für den Achtstundentag eingeleitet. Dieser Vorstoß wird in der Arbeiterklasse ein lebendiges Echo finden. Es kommt jetzt darauf an, diesen Kampf durch eine breite Massenbewegung der Arbeiterklasse mit aller Kraft zu unterstützen. Zu den in der kommunistischen Interpellation aufgestellten Forderungen muß in allen Betrieben und Gewerkschaften sofort Stellung genommen und entsprechende Kampfbeschlüsse gefaßt werden.

Der Wortlaut der Interpellation:

Die Bestimmungen des Arbeitszeitgesetzes haben für die Arbeiterklasse nur Nachteile gebracht. Unter Berufung auf Bestimmungen in der verschleierten Industrien statt einer Arbeitszeitverkürzung eine Verlängerung des Arbeitstages vorgenommen worden. Hinzu kommt, daß durch die fassam bekannte Schlichtungspraxis die schon jetzt über acht Stunden betragende tägliche Arbeitszeit eine noch weitere Verschlechterung erfahren hat. So wurde vom Reichsarbeitsminister Wissell ein Schiedspruch für einen Teil der sächsischen Textilindustrie für verbindlich erklärt, der die 6 1/2stündige Arbeitswoche vorsieht. Auch in der Arbeitszeitfrage steht der Arbeitsminister Wissell den arbeitserfindlichen Bürgerblockkurs seines Vorgängers fort.

Die Regierung beachtlich, wie sie das bereits in der Regierungserklärung zum Ausdruck gebracht hat, eine Regelung der Arbeitszeit in dem kommenden Arbeitsschutzgesetz vorzunehmen. Jetzt steht aber, daß die Arbeitszeitfrage, wie sie nach dem vorliegenden Entwurf des Arbeitsschutzgesetzes geregelt werden soll, eine weitere Verschlechterung für die Arbeiter und Angestellten bedeutet. Die Erklärung der Regierung, die achtstündige Arbeitszeit im kommenden Arbeitsschutzgesetz zu regeln, ist eine Verschlechterung dieser für die Arbeiterklasse wichtigen Frage und eine Irreführung und Täuschung der Arbeiterklasse, denn das sogenannte Arbeitsschutzgesetz wird frühestens in einhalb bis zwei Jahren fertig sein und bringt keineswegs den

Acht-, sondern den zehn- und zwölfstündentag. Die Regierung unterläßt in ihrer Praxis ständig die Bestrebungen des Unternehmertums auf Verlängerung der Arbeitszeit.

Die infolge der kapitalistischen Rationalisierung noch mehr gesteigerte Ausbeutung der Arbeiterklasse erfordert indessen eine unverzügliche Regelung der Arbeitszeitfrage. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat am 14. Juni d. J. einen Antrag eingebracht, der eine Regelung der Arbeitszeit für alle Lohn- und Gehaltsempfänger wie auch bestimmte Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen und Jugendliche ufm. enthält. In diesem Antrag wird u. a. gefordert:

- a) Der Maximalarbeitstag für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten darf täglich acht Stunden und die wöchentliche Arbeitszeit 45 Stunden nicht überschreiten.
- b) Überschreitungen der 45stündigen Wochenarbeitszeit sind nur in besonderen Notfällen zulässig und bedürfen der Zustimmung des Betriebsrats und der zuständigen Gewerkschaft.
- c) Für erwachsene weibliche Arbeitskräfte, für Arbeiter, die unter besonderen Gefahren für Leben und Gesundheit arbeiten, die in unmittelbarer Nähe der Einwirkung von Hitze, giftigen Stoffen, Staub- oder Sprengstoffgefahren ausgesetzt sind, wie Bergarbeiter unter Tage, Arbeiter in der chemischen Industrie, Ofenleute, Glasbläser usw., für die Arbeiter am Fließband, für Arbeiter, die unter besonderem gesundheitlichen Licht ausgeführt werden müssen, darf die Arbeitszeit täglich sieben Stunden und wöchentlich 38 Stunden nicht überschreiten.
- d) Für Lehrlinge, Lehrmädchen, Jugendliche und Arbeiterinnen sowie Angestellte unter 16 Jahren beträgt die Arbeitszeit unter Einrechnung der Pflichtschulzeit täglich sechs Stunden und wöchentlich 34 Stunden.
- e) Die tägliche Arbeitszeit für alle in landwirtschaftlichen Großbetrieben und Großbauernwirtschaften beschäftigten Lohn- und Gehaltsempfänger beträgt acht Stunden und die Gesamtarbeitszeit darf im Jahre 2400 Stunden nicht überschreiten.

Wissell wollte den Schiedspruch noch mehr verschlechtern!

Sensationelle Enthüllung der „Sächsischen Zeitung“

Das Unternehmerorgan, die „Sächsischen Zeitung“, bringt am 13. November folgende aufsehenerregende Enthüllung:

„Reichsarbeitsminister Wissell hat in den Berliner Nachverhandlungen vom 30. und 31. Oktober alles aufgegeben, um die Arbeitervertreter zu bewegen, sich mit einer geringeren Lohnerhöhung zufrieden zu geben, als im Schiedspruch vorgesehen war. Wissell hätte sich diese Mühe nicht gemacht, wenn er bereits am 27. Oktober durch unseren damaligen Auftrag von der Bekanntmachung und der Tragbarkeit des Düsselbacher Schiedspruches so sehr überzeugt worden wäre, wie es jetzt aus seiner Rede herausklingt.“

Die gesamte deutsche Arbeiterklasse möge aufhorchen! Der gefällte Nachschiedspruch ist so schändlich, daß ihn die Hüttenarbeiter überall mit Entrüstung abgelehnt haben. Aber die 2 Bfg. Lohnzulage waren dem sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister noch zu hoch. Weil er die Koalition mit den Curtius und Stresemann fortsetzen will, verlangt er von den Gewerkschaftsvertretern, daß sie noch in eine Verschlechterung des Schiedspruches einwilligen und das hohnvolle

Angebot der Hüttenbarone annehmen sollen. Das ist die sozialdemokratische Koalitionspolitik!

Die Gewerkschaftsvertreter hätten ohne weiteres in die Verschlechterung des Schiedspruches eingewilligt, wenn sie es vor der empörenden Aufrührerarbeiterschaft hätten nur wagen können. Aber sie konnten nicht mit einer Vereinbarung vor die Hüttenarbeiter treten, die noch schlechter war als der Schiedspruch, denn schon der Schiedspruch ist unannehmbar. Es wäre eine Niederlage der Hüttenarbeiter, wenn ihnen dieser Schiedspruch ausgezwungen würde.

Dadurch aber, daß Wissell noch eine Verschlechterung des Schiedspruches verlangte, hat er die Unternehmer direkt ermuntert, nun noch weiter vorzustoßen und die Bettelpennige des Schiedspruches zu verweigern.

Wissell hat den Unternehmern den Rücken gestärkt. Diese Haltung läßt auch erkennen, welche Rolle die sozialdemokratischen Führer bei den jetzigen neuen Verhandlungen spielen werden.

Arbeiter, erkennt, daß die sozialdemokratischen Führer genau so eure Feinde sind, wie die Unternehmer und Staatsbehörden! Erkennt, daß die sozialdemokratische Koalitionspolitik krasser Arbeiterverrat ist. Schließt die rote Kampffront gegen das Unternehmertum und seine sozialdemokratischen Lakaien!

Unser neuer Roman

Nachdem unsere Verhandlungen mit dem Reich-Verlag zu einer Einigung führten, beginnen wir nun demnächst mit dem Abdruck des Romans des französischen Schriftstellers Viktor Margueritte:

„Dein Körper gehört Dir“

In meisterhafter Weise schildert der Autor das Schicksal einer jungen Bäuerin, die von einem Wüstling überfallen und wider Willen Mutter wird. In konzentrierter, künstlerisch vollendeter Form wird gezeigt, wie die 18jährige, prächtig erwachsene, begabte Bäuerin dank der Aufführung eines väterlichen Freundes trotz aller Demütigungen, Erniedrigungen und Gefährdungen das Recht auf den eigenen Körper verteidigt und sich von der Enge kleinbürgerlicher und biblischer Moral zum „Evangelium des Proletariats“ durchringt.

Wir hoffen, daß der mit erheblichen Opfern erworbene spannende Roman bei allen Lesern den erwarteten Beifall finden und von ihnen zur Gewinnung neuer Abonnenten benutzt werden wird.

Rundfunkverbot für KPD!

Freche Herausforderung Severings im Haushaltsausschuß

Anlässlich der Debatte, die sich gestern im Haushaltsausschuß des Reichstages über die Erwerbung der Emella-Filmgesellschaft durch das Reich entspann, nahm der sozialdemokratische Innenminister Severing das Wort und erklärte zur Frage des Rundfunks:

„Ich möchte bemerken, daß ich mit dem Reichspostminister eine politische Fankunde verabredet habe, die künftig allen Parteien — ohne Angriffe auf die anderen Parteien — zur Verfügung stehen wird. (Zurufe bei den Kommunisten: Umma mit Ausnahme der Kommunisten?) Wenn Sie für die Sowjetrepublik Propaganda treiben wollen, wird Ihnen die Filmmensur das nicht erlauben.“

So steht die Logik des Karl Severing aus! Im ersten Satz wird allen Parteien der Vortrag ihrer politischen Meinungen gestattet; im zweiten Satz hebt der famose Sozialdemokrat auf, was er eben gesagt hat, und schließt die Kommunisten von dem Recht aus, das er den Parteien der Großagrarien und Industriebarone zugestimmt hat. Was Gleichberechtigung! Was Demokratie! Die Chefs der SPD pflehen auf Demokratie, um die verhasste kommunistische Partei von den Massen fernzuhalten. Aber diese werden durch das erzwungene Schweigen der KPD im Rundfunk einen klaffenden Anschauungsunterschied darüber erhalten, wie es um die „Demokratie“ tatsächlich bestellt ist. Und dieser Unterricht wird ganz anders wirken, wie der Panzerkreuzerbauer Severing hofft.

Gesteigerte Kriegsrüstungen der U.S.A.

Neue gewaltige Flottenrüstungspläne

Das amerikanische Marineamt gibt offiziell bekannt, daß es beabsichtigt, binnen kürzester Zeit, unabhängig von den Neubauten, alle alten Kreuzer der amerikanischen Flotte durch moderne 10.000-Tonnen-Kreuzer mit achtzigfüßigen Aktionsradius nicht mehr gebaut werden. Das Bauprogramm der Regierung steht bekanntlich als erste Reihe des fünfjährigen Gesamtprogramms des Bau von 15 neuen Kreuzern und eines Flugzeugmutterschiffes vor.

Das Marineamt kündigt außerdem die Verstärkung der Luftkräfte durch den Bau von schweren Flugzeugen mit Torpedos an Bord für lange Ausflüge und von leichteren Flugzeugen für Kampfwerte an.

Diese Erklärung des amerikanischen Marineamts ist gleichsam die praktische Anwendung aus der programmatischen Rede, die Coolidge am Sonntag anlässlich der Waffenstillstandsfeier gehalten hat. Diese Rede hat, bevor sie gehalten wurde, im Wortlaut des vorliegenden Textes in der Zeitung veröffentlicht worden. Das bedeutet also, daß diese Rede, deren Schärfe und weittragende Bedeutung von der gesamten englischen und französischen Regierungspresse mit Unbehagen festgestellt wurden, einer durch den Mund Coolidges verkündeten imperialistischen Kampfpromission des neugewählten Präsidenten Hoover gleichkommt.

Die beiden Hauptpunkte der Rede Coolidges bezogen sich auf die Flottenrüstungen und auf die Frage der Kriegsschulden. In beiden

Frage bedeuteten die Erklärungen Coolidges eine scharfe Abgabe an England und Frankreich. Er wiederholte die alte amerikanische Forderung der Parität der amerikanischen und englischen Flotte in Bezug auf die großen Kreuzer. Mit Recht erklärt die „Times“, das englische Regierungsorgan, entrüstet, daß die Verwirklichung dieser Forderung nicht die Parität mit England, sondern nichts anderes als die amerikanische Hegemonie zur See bedeuten würde. In demselben Sinne lehnte Coolidge das englisch-französische Flottenabkommen mit der Begründung ab, daß dieses Abkommen gegen die U.S.A. gerichtet sei.

Zur Kriegsschuldenfrage erklärte Coolidge, daß Amerika jede Herabsetzung der Kriegsschulden der Westmächte, „angesichts der sehr großen Ausgaben dieser Mächte für militärische Zwecke“ (1) ablehne. Das bedeutet, daß die amerikanische Regierung entschlossen ist, ihre Schuldenforderungen weiterhin als Druckmittel gegen England und Frankreich auszunutzen. Diese Frage steht im engsten Zusammenhang mit dem Reparationsproblem, da besonders Frankreich eine Verknüpfung dieser beiden Fragen verlangt in der Absicht, Deutschland gegen Amerika auszuspielen.

Coolidges Rede, die eine Ohrfeige für das ganze kapitalistische Europa bedeutet, ist ein bedeutames Symptom der zunehmenden Verschärfung der Gegensätze zwischen den beiden entscheidenden imperialistischen Blöcken, den U.S.A. und der von England geführten Mächtegruppe. Sie ist der Auftakt zu einer mächtigen Offensive der Vereinigten Staaten an allen Fronten der Weltpolitik.

Braun-Regierung verheimlicht Konfordsatsentwurf

Beispiellose Vorechte und Geldsummen für die Kirche. — Braun und Orzeszinski wollen Regierungsbündnis mit den aussperrenden Trübsinnigen. — Proletarischer Kampf gegen die bürgerlich-sozialdemokratische Konfordsatskont.

Die „Adlonische Zeitung“ veröffentlicht die sensationelle Meldung, daß das preussische Staatsministerium... die Denkschrift zur Konfordsatsfrage und den Konfordsatsentwurf dazu, nicht der allgemeinen Öffentlichkeit übergibt, sondern lediglich den Parteien zustellt, die für die Annahme der Entwürfe gebraucht werden.

Viele Tatsachen sind so ungeheuerlich, daß es sofort die ganze proletarische Öffentlichkeit zu alarmieren gilt. In laudischer Abgeschlossenheit, entsprechend den vatikanischen Wünschen, wurde von der sozialdemokratischen Koalitionsregierung der Entwurf des Preußenkonfordsats fertiggestellt, das der katholischen Kirche riesige finanzielle Zuschüsse garantiert, sowie weitgehende Vorrechte und Ausdehnungsmöglichkeiten gibt. Allein drei neue Bistümer (Berlin, Essen und Kamin) sollen errichtet und in Essen eine katholische Universität errichtet werden. Vor allem ist geplant, das konfessionelle Schulsystem im Widerspruch sogar mit der bürgerlich-demokratischen Weimarer Verfassung grundsätzlich und gesetzlich zu verankern.

Reich ungeheure Geldsummen die Braun-Regierung damit der katholischen Kirche zuzuschicken, die jetzt schon vom preussischen Staat Tausende von Millionen erhält, geht daraus hervor, daß die Kosten eines einzigen, nach dem Preußenkonfordsat auf Staatskosten einzurichtenden Bistums höher sind, als der gesamte preussische Gesundheitsetat, der 1.550.000 Mark beträgt.

Über der Entwurf des Sozialdemokraten Braun enthält allen

Anzeichen nach noch mehr Zugeständnisse, als bisher bekannt geworden sind. Anders ist die tolle Geheimpolitik um das Konfordsat nicht zu erklären. Warum wird sie getrieben? Warum will die Braun und Orzeszinski es ebenwomöglich wie ihre Genossen Reichsminister erwarten können, die offizielle Koalition mit der Deutschen Volkspartei einzugehen, die Koalition also mit der Hauptfraktion des Trübsinnigen, das eben im Ruhrgebiet eine Viertelmillion Arbeiter mit ihren Frauen und Kindern durch Aussperrung dem Hungertod preisgibt. Kommt das Konfordsat zustande, gegen das der freisinnig-liberale Teil der Bourgeoisie noch Bedenken hat, dann ist die Hauptschwierigkeit für die Bildung der Großen Koalition aus dem Wege geräumt. Und darauf eben kommt es der SPD-Führerschaft an. Sie ist zu jedem, auch dem schändlichsten Zugeständnis bereit, um nur die Koalition mit dem Kapital im Reich und in Preußen auszubauen.

Doch so wenig es dem Feudalismus half, als er die Macht der Kirche gegen die aufstrebende Bourgeoisie ins Feld führte, so wenig wird es der verrotteten reformistischen Leitung gelingen, durch ihre schamlose Verbrüderung mit den schwarzen Pfaffen, den Ansturm des Proletariats gegen die Koalitionspolitik aufzuhalten. Jetzt gilt es, überall einen Sturm der Entrüstung gegen die Panzerkreuzerführer zu entfachen und alle Arbeiter gegen die Koalitionspolitik, gegen den von ihr nicht zu trennenden Konfordsatsentwurf und gegen die daraus resultierende Spaltungspolitik in den Freidenkerorganisationen und den Gewerkschaften zu mobilisieren.

Freiheit der Wirtschaft, Freiheit der Ausbeutung

Der Panjabund sammelt einen Kampffond für „Freiheit der Wirtschaft“

Fast die gesamte bürgerliche Presse brachte am Sonntag auf einer ganzen Seite einen Appell des Panjabundes an die deutsche Bourgeoisie, in dem die „Freiheit der Wirtschaft“ als zentrale Forderung mit Riesenhochdruck verkündet wird. Die Segen des Kapitalismus für die Menschheit werden in begeistertsten Worten geschildert. Der kapitalistische Wirtschaftswille, die sogenannte Wirtschaftsfreiheit, seien bedroht. Das Präsidium des Panjabundes ruft deshalb auf zur Sammlung aller, die das Privateigentum, den Individualismus, die Freiheit der Wirtschaft verteidigen wollen. Unterschriften: das Präsidium des Panjabundes; die Unterschriften tragen u. a. die Namen von dem bekannten sozialparteilichen Abgeordneten Raubenhauer, der im Ausschussrat der IG-Farbenindustrie ist, Fischer, Gohlem u. a. m.

Der Appell des Panjabundes an die bürgerliche Öffentlichkeit bedeutet nichts anderes, als eine Solidaritätsaktion für die Schwerindustrie und die verarbeitende Eisenindustrie, die die Massen-aussperrung im Rheinland durchführen.

Abgesehen von der arbeiterscheindlichen Tendenz des Aufrufs, ist es für die gegenwärtige Ideologie des Kapitalismus charakteristisch, daß sie nur noch umfaßt ist, die aus dem 19. Jahrhundert stammenden Schlagwörter von der Freiheit der Wirtschaft, die im Zeitalter des Monopolkapitalismus funktionslos denn je geworden sind, zu wiederholen. Einer der intelligentesten bürgerlichen Wirtschaftler, Professor Schmalenbach, schrieb erst vor einigen Monaten:

„Wichtig ist es festzustellen, daß es völlig hoffnungslos ist, auf die Wiederkehr der freien Wirtschaft zu rechnen... Die alte Epoche der freien Wirtschaft geht ihrem Ende entgegen.“

Gegenüber dem Schwätz des Panjabundes und anderer kapitalistischer Verbände von dem freien kapitalistischen Wirtschaftswillen bemerkt Schmalenbach:

„Hierbei ist festzustellen, daß von einem bewußten Willen nicht die Rede sein kann. Darum wird auch der Versuch, zur freien Wirtschaft zurückzuführen, unter der Herrschaft der freien Kosten ausbleiben.“

So der bürgerliche Professor. Das Proletariat hat es aber nicht nötig, sich auf die Zeugnisse bürgerlicher Autoritäten zu berufen. Ihre Erkenntnis ist ja nichts anderes, als die Wiederholung, zum großen Teil die bewusste Entleerung der Freiwörter des Marxismus. Vor mehr als 60 Jahren hat schon das „Kommunistische Manifest“ die Antwort des Proletariats auf die verlogenen Phrasen von der Freiheit der Wirtschaft formuliert:

„Unter Freiheit versteht man innerhalb der jetzigen bürgerlichen Produktionsverhältnisse den freien Handel, den freien Kauf und Verkauf.“

Fällt aber der Schacher, so fällt auch der freie Schacher. Die Redensarten vom freien Schacher, wie alle übrigen Freiheitsbravaden der Bourgeoisie haben überhaupt nur einen Sinn gegenüber dem gebundenen Schacher, gegenüber dem geknechteten Bürger des Mittelalters, nicht aber gegenüber der kommunistischen

Aufhebung des Schachers, der bürgerlichen Produktionsverhältnisse und der Bourgeoisie selbst.“
Diese Worte des kommunistischen Manifestes behalten auch heute vollen ihre Geltung.

Der Demagoge Stegerwald entlarvt Zentrum und Ruhrsperrung

Der Demagoge Stegerwald hat bekanntlich bei der Debatte über die Aussperrung an der Ruhr recht radikale Töne angeschlagen. Er entkräftete sich nicht nur fittlich über die Aussperrung der Unternehmer, sondern bellagte sich auch mit großem Pathos darüber, daß gerade in der Schwerindustrie die Arbeiter seit Jahr und Tag die niedrigsten Löhne und die höchste Arbeitszeit bis zu zwölf Stunden erdulden müssen. Als ihm auf seine demagogischen Ausführungen, die nur dazu berechnet waren, die Zentrumseindeutigkeit vor den katholischen Arbeitern an der Ruhr und am Rhein weitzumachen, der Genosse Maslowki den Zwischenruf machte, daß es ja der Zentrumsmann Braun ist, der insbesondere die überlange Arbeitszeit an der Ruhr verschuldet hat, und daß es ja sein Parteigenosse Klöckner ist, der die Arbeiter aus Straßensperrung wirt, da behauptete Stegerwald, daß Klöckner überhaupt nicht an der Aussperrung beteiligt sei, denn seine Partei läge außerhalb des Aussperrungsgebietes.

Nun tragt das B.Z. in einer Notiz aus Düsseldorf Stegerwald Lügen. Die Klöckner-Werke A.-G., Abteilung Eisen- und Drahtindustrie, gehören dem Arbeitgeberverband Nordwest an und haben genau so ausgesperrt wie etwa die liberalen Unternehmer von der Deutschen Volkspartei.

Die katholischen Arbeiter des Aussperrungsgebietes sowie die Schichten der katholischen Arbeiter in Oberschlesien, die bisher vom Zentrum beauftragt wurden, werden an diesem Vorfall die Doppelseitigkeit der Zentrumspolitik erkennen können. Auf der einen Seite sperren die katholischen Kapitalisten zusammen mit den liberalen Unternehmern ihre eigenen Betriebe und Glaubensgenossen an, auf der anderen Seite hält Stegerwald Scheinbilanz-Rechen gegen diese Aussperrung, wobei er mit großer Einnahme, daß katholische Unternehmer an der Aussperrung beteiligt sind. Die Entlarvung der Zentrumdemagogie muß den katholischen Arbeitern Anlaß sein, der durch und durch verlogenen Zentrumspartei den Rücken zu kehren und sich jener Klassenkraft aus den Betrieben heraus anzuschließen, die allein einen Sieg der Arbeiter an Rhein und Ruhr verbürgt.

Aus der Sowjetunion Erhöhung des Arbeitslohnes

Das Zentralkomitee des Metallarbeiterverbandes hat ein Abkommen mit dem Obersten Volkswirtschaftsamt betreffend Erhöhung des Arbeitslohnes für die Metallarbeiter geschlossen. Nach diesem Abkommen werden dem Verband 10.000.000 Rubel zur Verfügung ge-

stellt (aus dem Fonds in Höhe von 85.000.000 Rubel, der von der Regierung zur Erhöhung von Arbeitslöhnen geschaffen wurde). Die Lohnerhöhung tritt mit dem 1. Januar in Kraft und beträgt 300.000 Arbeiter. Die Erhöhung beträgt, dem Lohn entsprechend, bis zu 4 Prozent.

Ein ebensolches Abkommen ist auch mit den Gewerkschaften der Chemiarbeiter getroffen worden. (St. Sch. 1. XI.)

Für die Erhöhung des Arbeitslohnes der Bergarbeiter werden 12,5 Millionen Rubel aus dem erwähnten Fonds verausgabt. Zwischen dem Bergarbeiterverband und dem Obersten Volkswirtschaftsamt ist auch in der Frage der Durchführung dieses Beschlusses in seinen Einzelheiten ein Abkommen getroffen worden. (Pravda, 28. 10.)

Aus aller Welt

117 Passagiere der „Vestris“ vermißt

Der Deutsche Hermann Müller gerettet
In Londoner Schiffahrtskreisen ist man sich über das Unglück, welches den Passagierdampfer „Vestris“ betraf, noch ganz im Unklaren, sowohl was das Schicksal eines Teiles der Passagiere anbetrifft als auch über die Ursache des Unglücks. Den letzten Meldungen zufolge haben anscheinend 117 Passagiere und Leute der Besatzung ihr Leben verloren.

Nach dem, was über das Schiff und die Eigentümer hier bekannt ist, glaubt man nicht, daß die „Vestris“ nicht seelich genug gewesen ist. Doch eine Verschiebung der Ladung stattgefunden haben dürfte, wird nicht für möglich gehalten. Das ist wohl bei Schiffen möglich, die mit Getreide und dergleichen beladen sind und deren Ladung sich in einem großen Lagerraum befindet. Über die „Vestris“ hatte die amerikanische Marine-Maschinenfabrik an Bord, die in verschiedenen Teilen des Schiffes untergebracht waren. Die am meisten begriffliche Theorie ist, daß die „Vestris“ bei unruhiger See aufsetz schwimmendes Brau gestochen ist, welches das Schiff so schwer beschädigte, daß es sank.

Newport, 14. November. Nach den letzten Meldungen beträgt die Zahl der geborgenen Überlebenden der Katastrophe der „Vestris“ 22, während 117 Personen noch vermißt werden. Von den Geretteten befinden sich 128 an Bord des Dampfers „American Shipper“, 63 auf der „Migriam“, 23 auf der „Berlin“, 8 auf der „Domingo“.

Der in der Passagierliste des gesunkenen Schiffes erwähnte Reichsdeutsche Hermann Müller ist gerettet worden. Er befindet sich an Bord des „American Shipper“. Es handelt sich um einen Vertreter der Leipziger Papierfirma Karl Krause.

Newport, 14. November. Der an Bord des Schiffs „Domingo“ befindliche Obersteurwart Taylor wurde einen Bericht des ersten Offiziers des Dampfers „American Shipper“, wonach insgesamt acht Rettungsboote und ein provisorisches Rettungsloß die „Vestris“ verließen. Von diesen Rettungsbooten trieben eins um. Von den ins Wasser gesunkenen Insassen wurden einige aufgefischt. Inzwischen wurde eine Anzahl umhergeschwimmender Leichen gefischt, wodurch die Befürchtung bestätigt wird, daß viele Personen umgekommen sind. Das Rettungsloß brach offenbar infolge der schweren See auseinander. Ein Rettungsboot lenierte und die Insassen trieben selbsten umher.

Weiters Opfer des Sturmweeters
Dem Sturmweeter, das den Untergang des Dampfers „Vestris“ verursachte, sind noch zwei weitere Fahrzeuge zum Opfer gefallen. Bei Kap Virginia sank ein motorisiertes Boot. Die Besatzung von acht Mann ist ertrunken. Bei Virginia Beach ist ein Fischboot gestrandet. Die Mannschaft konnte von der Küstenwache gerettet werden.

Ein deutscher Dampfer aus See not gerettet
Der deutsche Frachtdampfer „Neuperl“ verlor bei einem heftigen Sturm die Schraube und trieb hilflos auf der Höhe von Stockholm und Kalesund. Zwei Rettungsboote gingen sofort von Kalesund ab, von denen der eine um 1.30 Uhr nachts das kaparete Schiff erreichte und in Schleppe genommen hat. Die „Neuperl“ wird nach der Insel Öna gebracht.

Wirbelsturmkatastrophe in Argentinien
Die Gegend von Villa Maria wurde von einem Wirbelsturm heimgesucht, der großen Schaden anrichtete und auch zahlreiche Opfer an Menschenleben forderte. Die ersten Meldungen sprechen von 41 Toten und 150 Verletzten.

Raubüberfall auf einen Postbeamten
Seltensichen-Buer, 14. November. Dienstag abend wurde ein Postbeamter, der im Begriff war, mit der Straßenbahn die Post vom Bahnhof Buer-Resse nach dem Bahnhof Hertzen zu bringen, von zwei maskierten Männern überfallen. Ein Räuber bedrohte ihn mit der Pistole, der andere entriß ihm den Postbeutel. Die sofort alarmierte Polizei konnte die Täter nicht mehr fassen. In dem Postbeutel befand sich, wie mitgeteilt wird, sehr wertvolle Post. In der Messe gestern Sonntag war und im Postamt viele hohe Beiträge eingezahlt worden waren.

Chlorodont beseitigt allen Mundgeruch u. häßlich gefärbten Zahnelag

Zum Alltag u. zum Feste bleibt Christ's Brot doch das Beste!



Ausstellung
der Städtischen Elektrizitäts-Werke Breslau
Springerstrasse
Bahnbogen nächst N. Schweidnitzerstr.
Ab morgen täglich 12-5 Uhr
Praktische Vorführungen neuer elektr. Haushaltsgeräte aller Art
Eintritt frei — Kein Verkauf!

Breslau

Harry Walden-Berlin
Legzdin und Filipow
delegierte der „Krasin“-Besatzung sprechen
Sonntag 11 Uhr im Zirkus Busch
über die Ergebnisse auf der Suche nach Noble
und bei der Rettung des „Monte Cervante“

Ein Besuch in schlesischen Molkereien

Der Provinzial-Milchsausschuss veranstaltete am Dienstag eine
Besichtigung von Molkereien. Die Teilnehmer, Mitglieder des Städte-
rats...

Kommunalarbeiter mit 1462
gegen 36 Stimmen für Streit

Breslau, 16. November 1928.
Gestern fand eine überfüllte Mitgliederversammlung des Städtischen
Kommunalarbeiterverbandes statt...

einmal „An sich gehen“ soll (1). Dann fand die Abstimmung statt.
Sie ergab 1462 Stimmen für Streit und nur 36 dagegen.

Gerüst zur Abstimmung

Nach dem Verbandsrat muß vor Streitbeginn eine Ur-
abstimmung stattfinden. Nach einer Bekanntmachung des Kom-
munalarbeiterverbandes wird diese am...

- 1. Martin, Schönstraße 89;
2. Brück, Röhrlstraße 13;
3. Bräuer, Hölzengasse 38;
4. Gottschalk, Leutnantsstraße 27;
5. Ring, Kleine Grolschenstraße 11;
6. Barand, Mühlstraße 43;
7. Feldschütz, Weinstraße 58/55;
8. Wolf, Gedwiggstraße 15;
9. Rofner, Ruffenstraße 18;
10. Wagner, Kugelstraße 106.

Diejenigen Mitglieder, welche am Freitag verhindert sind, können
ihren Stimmzettel...

Die Stimmzettel liegen im Bode aus. Die Abstimmung ist
geheim; der Stimmzettel muß gefaltet abgegeben werden.
Abstimmungsbeauftragte sind nur freigewerkschaftlich organisierte
Kollegen, welche mit ihren Beiträgen nicht länger als vier Wochen im
Rückstand sind und ihr Mitgliedsbuch vorzeigen.

Kollegen, stimmt geschlossen für den Streit!

15 Millionen Mark Nettoüberschuß
der städtischen Unternehmungen
und trotzdem angeblich kein Geld, den städtischen Arbeitern 8 Pfennige Lohnzulage zu bewilligen

Die Funktionäre und die Mitgliederversammlung des
Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes haben be-
schlossen, wegen Nichterfüllung ihrer Lohnforderungen in
den Streit zu treten.

Unter „städtischen Betrieben“ versteht man in erster Linie drei
kommunale Einrichtungen: Straßenbahn, Gaswerke, Elektrizitäts-
werke.

Betrachtet man einmal die Haushaltspläne der drei Unter-
nehmungen, so ergibt sich für alle gemeinsame Tatsache, daß die
Einnahmen in den letzten Jahren gewachsen sind.

Das Herausfinden des reinen Ueberschusses aus diesen
Summen ist nicht so einfach. Denn von ihnen werden in den Auf-
stellungen des Magistrats die Ausgaben für Neubauten, Ankäufe
u. s. w. — also Kosten, die auf eine Steigerung der Werte zurückzu-
führen sind — abgezogen, und so teilweise der Eindruck erweckt,
als wären die Ueberschüsse juridgedungen, und der Magistrat könne
aus Gründen der Rentabilität nicht höhere Löhne bewilligen.

Einige Zahlen sollen die Entwicklung der städtischen Unter-

nehmungen näher erklären: Der reine Ueberschußansatz der Elektri-
zitätswerke liegt von 7500 800 Mark im Jahre 1925 auf
8 012 000 Mk. für 1928; die Gaswerke blieben mit etwa 4 400 000
Mark Ueberschuß in beiden Jahren auf der gleichen Höhe, während
die offizielle Ueberschuberechnung der Straßenbahn eine fallende
Tendenz aufwies, und zwar von 3 646 000 Mark auf 2 438 000 Mark.

Berechnet man den für das Etatjahr 1928 erwarteten Rein-
überschuß aller drei Unternehmungen zusammen, so ergibt sich
die Summe von 14 805 400 Mark, ein Betrag, der —
das scheinen manche zu vergessen — zu einem bedeutenden Teil von
den städtischen Arbeitern erschufte worden ist und in erster Linie
wohl dazu Verwendung finden möchte, ihren berechtigten Lohnfor-
derungen nachzukommen.

Das Herausfinden des reinen Ueberschusses aus diesen
Summen ist nicht so einfach. Denn von ihnen werden in den Auf-
stellungen des Magistrats die Ausgaben für Neubauten, Ankäufe
u. s. w. — also Kosten, die auf eine Steigerung der Werte zurückzu-
führen sind — abgezogen, und so teilweise der Eindruck erweckt,
als wären die Ueberschüsse juridgedungen, und der Magistrat könne
aus Gründen der Rentabilität nicht höhere Löhne bewilligen.

Parteimitglieder!

Stadteil Ost. Freitag 20 Uhr bei Hanke, Friedrichstraße 41,
Landwirtliche Zusammenkunft aller Stadteilmitglieder. Erscheinen
ist Pflicht!

Achtung, Metallarbeiter!

Heute Donnerstag 19.30 Uhr, Gewerkschaftshaus, Zimmer 13,
Franzosenversammlung der Metallarbeiter und Konstruktions-
arbeiter. Alle oppositionellen Genossen der betreffenden Branche müssen
anwesend sein, da in der Versammlung die Wahl der Vertreter
der Versammlung stattfinden soll.

Mittelschlesien

In alle Ortsgruppen des SPD, Untergau Obau.
Am Sonntag, dem 18. November, 10 Uhr, findet in Strehlen,
im Gasthaus „Zur Stadt Breslau“, Weidenstraße, eine wichtige Unter-
gautokonferenz statt.

Am Sonnabend, dem 17. November

Kameradschaftsfest
des RFD. Abl. 2. (Schlesien) Eintritt 60 Pl.

Jeder 5. Besucher erhält 1 Mk. zum Verzehren!

wollte mit dem Zuge 13,07 Uhr zurück nach Breslau. Auf dem Bahn-
steig, auf dem sich der Zwischenfall ereignete, lag u. a. auch der
Bahnhofsvorsteher S. aus Steinbrunn aus. Dieser äußerte nun
ganz unmissverständlich: „Was wollen die roten Hunde hier?“

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen
Breslau
Stadteil Ost. Freitag 20 Uhr im „Weslichhof“ Mitgliederversammlung...

Roter Frontkämpfer-Bund

Stadteil Ost. Freitag 20 Uhr im „Berliner Hof“ Mitgliederversammlung.
Stadteil Ost. Freitag 20 Uhr Mitgliederversammlung im Korbhof.
Stadteil Ost. Freitag 20 Uhr im „Eisernen Kreuz“ Kameradschaftsfest...

Roter Jungfront

Breslau
Mit. Weststr. Donnerstag 20 Uhr Kameradschaftsfest „Stadt Ost“
1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100.

Einige neue elektrische Ausstellungen

Eine neue elektrische Ausstellung wird am Sonnabend im Bahn-
hofen Springerstraße, nächst Neue Schwelbinger Straße, von
den städtischen Elektrizitätswerken Breslau eröffnet werden.

Donnerstag, 5 u. 8 Uhr

Entfesselte Heterkeit bei
Buster Keaton, der Boxer

Gewerkschaftshaus-Lichtspielen

Bushido

das eiserne Gesetz
Jugendliche und Kinder haben Zutritt! Übliche Preise!

Vorsigwerk A.G. im Blicklicht

Jagdkommando auf leere Bierflaschen mit schweren Folgen.

Unlängst erlaubte sich der Schlafhausmeister Pawellek mit dem Kantinenpächter Nowak ein teures Jagdvergnügen. Sie waren am Anfang und hatten beobachtet, daß ein alter Invalide mit Namen Morozjamba drei Flaschen Bier von einer anderen Kantine mit auf sein Zimmer genommen hatte.

Dieses Arbeiterheim ist auch eine Wohlfahrts-Einrichtung der Vorsig-A.G.

Unverständene „Wohlütigkeit“.

Von diesen Arbeitern wird es nicht verstanden, daß die Verwaltung ganz brutal so vielen Ernährern die Kohlen entzieht. So z. B. arbeitet bei der Verwaltung eine Arbeiterin, die beide Eltern verloren hatte und mehrere schulpflichtige Geschwister unterhalten muß.

Ein anderer Fall. Ein junger Mann arbeitet hier ebenfalls und hat keine Eltern. Der Vater des Arbeiters war gleichfalls bei der Verwaltung beschäftigt.

Arbeiter, macht nur die Augen auf und sieht zu, was die Verwaltung mit diesem Abzug der Kohlen vorhat.

Es brennen seit einem halben Jahre Tausende von Tonnen Kohlen auf der Halde. Die Verwaltung will nämlich durch den Haldebrand den ganzen Erdball erwärmen.

„Die Trommler“

(Breslauer Arbeiter-Schauspielertruppe)

finden in folgenden Orten zugunsten der Kinderheime der Roten Hilfe:

Niedowitz.

Freitag, den 16. November, 1930 Uhr, in Schindlers Gasthaus.

Olewiß.

Sonabend, den 17. November, 1930 Uhr, in den „Drei Jahreszeiten“.

Hindenburg.

Sonntag, den 18. November, 18 Uhr, in Eisners Konzerthaus.

Einheitspreis 1 Mark. Vorverkauf bei allen Funktionären der Roten Hilfe.

Hindenburg

Gasthausbesitzer Zimmermann prügelt seine Angestellten

Wir werden ersucht, folgende Zuschrift zu veröffentlichen: Es ist geradezu unerhört, was sich Herr Zimmermann, Besitzer des Cafés Metropol, seinen Angestellten gegenüber erlaubt.

Herr Zimmermann ist ja aus dem vor Jahren geführten Kellnerstreik schon bekannt. Die Kellner sahen sich veranlaßt, in Flugblättern sich gegen die Behandlungsmethoden des Z. zu wenden.

Das Stadtparlament soll wieder tagen.

Wir mit Erfahrung, soll am 30. d.M. die Stadtverordnetenversammlung tagen. In dieser Sitzung wird die Frage der Oberbürgermeisterwahl nochmals aufgerollt werden.

Unter der Ägide des zentralistischen Stadtverordnetenvereins werden Stadtverordnetenversammlungen alle acht Wochen stattfinden. Selbst die Arbeiter werden von der bürgerlich-sozialdemokratischen Mehrheit zu Versammlungen durchgezwungen.

Also, fördert nur weiter auf Ueberflüchten und laßt euch ruhig die Kohlen abziehen!

Ein Sturm über die verfehlte teutsche Art und Sitte.

Unter den höheren und kleineren echt teutschen Angestellten ist ein Entrüstungsturm über das Gebahren der Verwaltung ausgebrochen. Es war früher schon gang und gäbe, daß von seiten der Verwaltung bei jedem, der angestellt, eine Blutprobe entnommen wurde, ob auch arisches Blut in seinen Adern rollt.

Angestellte und Beamte, legt als den Bahn von Recht und Vaterlandsliebe, weil des Unternehmers Vaterland nur einzig und allein sein Profit ist.

Lange Gesichter bei dem „Generalkommando“.

Ein Bischoflicher Arzt hatte sich erdreißet, gegen das Generalkommando bei den allerhöchsten und allergnädigsten Kommerzienräten Vorsig eine Forderung zu erheben wegen Unstimmigkeiten in der Krankenkasse bei Vorsig in Vorsigwerk.

vorleser und bürgerlich-sozialdemokratische Mehrheit sind selbstherrlich. Die werktätigen Steuerzahler werden gut tun, wenn sie an den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung teilnehmen, um sich überzeugen zu können, wer ihre Interessen vertritt.

Zwei Betrüger bei Rote-Hilfe-Sammlungen erwischt!

Der Bezirksvorstand der Roten Hilfe teilt uns mit: Vor einigen Tagen gelang es einem Gleimiker Genossen, zwei Betrüger, die Geldsammlungen für die Rote Hilfe bei Geschäftsleuten vornahmen, in Hindenburg zu stellen.

Wir machen nochmals aufmerksam, daß die Sammler der Roten Hilfe mit nummerierten abgestempelten Sammelkästen und einem vom Bezirksvorstand ausgefertigten Ausweis die Sammlungen vornehmen.

Reise ins Ruhrgebiet!

(Von unserem ins Ruhrgebiet entsandten Sonderberichterstatter.)

Schreibmaschinen klappern, das Telefon schreit, Genossen kommen und gehen. Bewegung, Bewegung, Fortschritt, Vordringen... das ist der Eindruck aus dem Kampf.

Düsseldorf: 34000 Arbeiter liegen auf der Straße, Tausende hungern bei Kurzarbeit. Sie gehen auf die Straße. Jetzt sind es tausend, dann zweitausend. Schließlich fünftausend, sechstausend, siebentausend.

Aufgehende Fabriken - gestörte Hochöfen - tote Schloten! Das ist die Kulisse auf unserer Reise nach Duisburg. Die Belegschaften haben sich in ihren Lokalen versammelt, um praktisch die Selbsthilfe zu organisieren.

Eine halbe Stunde später fahren wir mit den Genossen, die zu Oblieten der Kampfschüsse gewählt werden, nach Essen. Man verpflichtet ihnen, Ende dieser oder Anfang nächster Woche Speisekarten für die Ausgesperrten und ihre Familien einzurichten.

Hamborn: Hier ist's noch nicht so weit. Man hat hier weniger Ausgesperrte. Die Bergarbeiter, die Arbeiter der weiterverarbeitenden Industrien sind noch nicht in vollem Umfang betroffen.

Wir kommen gerade noch zurecht zur großen Versammlung im Saalbau, in der Genosse Thälmann das Kampfprogramm der revolutionären Gewerkschaftsopposition entwirft.

Kreuzburg

Aus der Zudenarbeit.

Auch in unserer Ausbeutungshölle mehren sich die Betriebsunfälle als Folge des sich verschärfenden Antreiberstems. Die Rübenarbeiter, die für einen Zentner Rüben abladen einen Pfennig erhalten, werden vom Aufseher Kroll bei ihrer „lohnenden“ Arbeit noch mit Schimpfworten bedacht.

Oppeln

Paradenstadtteil ohne Straßenbeleuchtung.

Negrophische Finsternis herrscht auf der Hedwigstraße, gerade dort, wo die städtischen Neubauten in Gestalt von Holzparaden konstruiert worden sind. Zur Zeit des Vollmonds war es ja immer noch möglich, den Weg zu diesen „herrschaftlichen“ Gebäuden zu finden.

Was wird mit Lehrer Gyriz?

Heute soll die Verfassungsverhandlung gegen den wegen ständiger Verfehlungen zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilten Lehrer Gyriz stattfinden. Die vor drei Wochen groß aufgetriebene Verhandlung wurde, bekanntlich und verwunderlich, durch das Nichterscheinen einer Zeugin wieder abgeblasen.

Zugunsten der ausgesperrten Ruhrarbeiter

veranstaltet am Sonntag, dem 18. November, 1930 Uhr, im „Schützenhaus“ die V.G. einen Lichtbildvortrag. Der Vortrag behandelt die heldenmütige Fahrt des russischen Eisbrechers „Krasin“.

Röhl soll kommen. Wie wir hören, werden Verhandlungen geführt, den Ozeanflieger Röhl zu einem Vortrag zu gewinnen. Nachdem er in Olewiß gesprochen hat, will man auch hier fliegerrummeln.

Versammlung der Roten Hilfe. Wir machen nochmals alle Mitglieder der R.H. auf die morgen (Freitag) 19 Uhr im „Schützenhaus“ stattfindende Mitgliederversammlung aufmerksam.

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen: 18. Nov. Freitag 19.30 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Scheithauer. 19. Nov. Samstag 18. Uhr, Mitgliederversammlung im bekannten Lokal. 19. Nov. Sonntag 18. Uhr, Mitgliederversammlung im bekannten Lokal.

Lange vor Beginn waren Saal und Tribünen bis zum Brechen gefüllt. Ein großer Teil der Ansturmenden mußte sich mit einem Plätzchen auf dem Wandelgang des riesigen Lokals zufriedengeben. Und dann kam Thälmann, begeistert begrüßt als Vertreter der revolutionären Arbeiterpartei.

Zwei Stunden demonstrierte man durch die Arbeiterviertel, Begrüßungsrufe der Anwohner entgegennehmend und freudig beantwortend. Durch ganz Essen geht es, bis man sich in voller Stärke am Republikplatz wieder sammelt.

In Gelsenkirchen ist alles auf der Straße. Schwarz von Arbeitern sind die freien Plätze, die Straßen vor den Streiklokalen. Diese Stadt, in der Wohn- und Fabriktiertel mehr noch als im übrigen Nordwestgebiet zusammenstoßen, ineinander übergehen, zeigt auch in der Innensiedlung nicht das gewöhnliche Gesicht.

Hamborn: Kleiner Belagerungszustand ist verhängt! Die Polizei provoziert. Die ersten Summenübelhiebe sind auch hier gefallen.

Oberhausen: Wir geraten in eine Demonstration von dreitausend Arbeitern, denen eine Menge Polizei folgt. Wir können die Orte nicht alle aufzählen. Sie sind eine große Familie, die nur durch die Gemeinbeschränkung abgeteilt sind.

Hier, in diesem Kampf, hat sich die selbstverständliche Beziehung, daß man kampfbereit von den Unternehmern nichts erreicht, durchgesetzt. Nicht die Liebe, nicht der Verständigungswille beherrschen das Feld.